

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 8 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. In der Reichsdruckerei für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die festgesetzte Spaltenzahl ober deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengänge und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 35 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Glossen zum Militäretat.

An die Spitze der Heeresverwaltung ist ein neuer Mann getreten, Herr Josias v. Heeringen. Bedeutet der Wechsel in den leitenden Persönlichkeiten anderer Ressorts wenig, so bedeutet der Personenwechsel im Kriegsministerium gar nichts. Die Leitung der militärischen Angelegenheiten des Reiches hat ihren Schwerpunkt nach wie vor im Militärkabinet des Kaisers, und zu den wesentlichsten Aufgaben des Kriegsministers gehört es, die Maßnahmen des Militärkabinetts vor dem Reichstag so zu vertreten, als ob er selber sie getroffen hätte. Unter diesen Umständen ist der neue Militäretat nach der alten Schablone aufgestellt worden.

Den Löwenanteil der Ausgaben, die das Deutsche Reich zu machen hat, beansprucht wieder der Moloch Militarismus. Nicht weniger als 808 700 000 M. Ausgaben, denen an eigenen Einnahmen 9 834 847 M. gegenüberstehen, erfordert allein das Reichsheer. Insgesamt betrachtet, sind die Ausgaben um 27 565 914 M. niedriger als im Vorjahre. Diese Ersparnis ist aber bloß eine scheinbare. Wenn beim Militarismus in der Weise gespart werden soll, daß die auf dem Volke ruhenden ungeheuren Lasten vermindert werden können, dann kann das nur bei den fortlaufenden Ausgaben geschehen. Diese Art der Ausgaben ist aber im preussischen Heeresetat um 10 716 807 M. gestiegen! Die gemachten angeblichen Ersparnisse beim Reichsheer entfallen auf die einmaligen Ausgaben, und es darf nicht heraus gesagt werden, daß die Heeresverwaltung ihren Etat in höchst bedenklicher Weise „frisirt“ hat. Die einmaligen Ausgaben sind im Verlaufe der preussischen Armee um 32 466 096 M. gesunken. Offenbar soll damit nach außen der Eindruck erweckt werden, als sei die Heeresverwaltung unter ihrer neuen Leitung bestrebt, die enormen Ausgaben dauernd zu vermindern. Wir werden sofort zeigen, daß daran ernstlich nicht gedacht worden ist. Die Verminderung der einmaligen Ausgaben ist lediglich darauf zurückzuführen, daß große, kostspielige Bauten fertiggestellt sind, deren weitere Unterhaltung nun zu Lasten des ordentlichen Etats fällt, und ferner, daß für Bauten, die in Angriff genommen sind, niedrigere Raten als im Vorjahre verlangt werden. Einige Beispiele mögen das illustrieren.

Der Neubau des Beschießungsamts in Königsberg kostete 1 785 000 M., welcher Betrag vom Reichstag in Raten zu bewilligen ist. 1909 wurden bewilligt 400 000 M., für 1910 werden gefordert 300 000 M., noch 100 000 M. weniger. Der Kasernenbau in Wülheim kostete 1 435 000 M. Es sind darauf Raten bewilligt worden von 300 000 M., 250 000 M., dieses Jahr werden bloß 100 000 M. verlangt, demnach weniger 150 000 M. Für einen Neubau in Graudenz sind im Vorjahre verlangt worden 230 000 M., dieses Jahr werden verlangt 160 000 M., also 70 000 M. weniger. In einem Fall wird in diesem Jahre sogar 1 000 000 M. weniger verlangt, als im Vorjahre, auf das ganze Objekt müssen aber noch 10 1/2 Millionen Mark bewilligt werden.

Auf diese Weise war es möglich, daß die einmaligen Ausgaben in diesem Etat um mehr als 32 Millionen Mark vermindert erscheinen. In Wirklichkeit müssen diese Summen natürlich in den folgenden Jahren mehr bewilligt werden, und wenn die für 1910 bewilligte geringere Summe zur Durchführung der Bauten nicht ausreicht, so wird der Etat einfach überschritten. Die Heeresverwaltung weiß genau, daß sie bei der Mehrheit des Reichstages für Etatsüberschreitungen auf Indemnität rechnen kann. Die ganze sogenannte Sparsamkeit ist sonach lediglich auf eine Irreführung der großen Masse der Steuerzahler berechnet.

Eine durchgreifende Verminderung der Heereskosten ist nur zu erwarten, wenn entweder die Dienstzeit der Truppen weiter herabgesetzt oder wenn die Präsenzstärke des Heeres vermindert wird. An beides ist vorderhand nicht zu denken. Die derzeitige Präsenzstärke des Heeres beträgt 25 722 Offiziere, 2288 Sanitätsoffiziere, 761 Veterinäre, 1062 Zahlmeister, 1230 Unterzahlmeister, 1245 Sattler, Wässhennmacher, Waffenmeister usw., 487 Musikmeister, 85 259 Unteroffiziere und 504 446 Gefreite und Gemeine, zusammen also 622 520 Mann.

Von einer weiteren Herabsetzung der Dienstzeit will die Heeresverwaltung nichts wissen. In Frage kämen zunächst die berittenen Truppen, die noch die dreijährige Dienstzeit haben. Im Vorjahre hat der Kriegsminister in einer langatmigen Denkschrift dem Reichstag klarzumachen versucht, daß eine Herabsetzung der Dienstzeit bei den berittenen Truppen die Wehrkraft des Reiches erheblich schwächen müßte. Ueberzeugend waren seine Darlegungen nicht, und es steht zu erwarten, daß bei der diesmaligen Beratung des Militäretats nicht nur — wie selbstverständlich — von unseren Vertretern, sondern auch von einem oder dem anderen Angehörigen der bürgerlichen Parteien diese Frage wieder angeschnitten wird. Der neue Kriegsminister, Herr Josias von Heeringen, steht jedoch offenbar auf dem Standpunkt seines Vorgängers, und ihm dürfte noch weiterhin der Rücken gestärkt werden sein durch die Versammlung der Heerführer, die am Neujahrstage in Berlin stattgefunden hat. Die kommandierenden Generale der deutschen Armee finden sich

alljährlich am 1. Januar in Berlin ein, um dem Kaiser, ihrem obersten Kriegsherrn, zu gratulieren. Diese Gratulationscour der Generale ist zu einem Ereignis von politischer Bedeutung geworden durch die Reden, die bei diesem Anlaß gehalten werden. Zwar ist ihr Inhalt nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, aber es ist gar nicht zu vermeiden, daß aus der Unterhaltung des Kaisers mit den Generalen eben doch manches in die Öffentlichkeit dringt.

Bei dem Neujahrsempfang am 1. Januar 1909 haben die Generale dem Kaiser versichert, daß die Armee fest und treu zu ihm stehe. Das sollte, wie unser Fraktionsredner, Genosse Stücken, in der Sitzung des Reichstags vom 17. März 1909, ohne Widerspruch zu finden, feststellte, die Antwort sein auf die machtvolle Protestbewegung des entrechteten Volkes in Preußen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Bürgerliche Blätter haben nun schon vor Wochen verlauten lassen, daß die weitere Verkürzung der Dienstzeit beim diesjährigen Empfang mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden solle. Daß aber die Generale von dieser Verkürzung nichts wissen wollen, steht jedenfalls fest.

Bis jetzt ist von der geblogenen Unterhaltung noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Durch die im Vorjahre vorgekommene Indiskretion gewichtig, ist offenbar größere Vorsicht geübt worden.

Bei der Veranstaltung dieser Generalzusammenkünfte merkt man deutlich die regierende Hand des Militärkabinetts, jener völlig unverantwortlichen militärischen Regierung, der gegenüber die Tätigkeit des verantwortlichen Kriegsministers nicht einmal die Bezeichnung Nebenregierung verdient. Das Kriegsministerium ist lediglich die Kulisse, hinter der ganz andere Gewalten tätig sind!

Kein Zweifel, daß die zweijährige Dienstzeit auch bei den berittenen Truppen kommt. Sie wird kommen, wenn das jetzige Militärgesetz im Jahre 1912 abgelassen ist und durch ein neues ersetzt werden muß. Dieses neue Militärgesetz wird eine wesentliche Vermehrung des stehenden Heeres bringen, und dann soll ganz offenbar die Ausdehnung der zweijährigen Dienstzeit auf die berittenen Truppen als Kompensationsobjekt dienen, um den widerstrebenden bürgerlichen Parteien die Zustimmung zu erleichtern.

Aber auch im Rahmen des gegenwärtigen Heeresetats könnte ganz erheblich gespart werden. Nur hat die militärische Sparsamkeit höchst bedenkliche Schattenseiten, wenn man sich nicht entschließen kann, vom Militäretat einfach eine erhebliche Anzahl Millionen Mark zu streichen. Auf das dringende Verlangen der Budgetkommission des Reichstages hin hat die Heeresverwaltung die Zusage gegeben, die Frage der Pferdegeld-, Rations- und Stallgeldgewährung anderweit zu regeln. Bestimmend dafür ist der unerhörte Zustand, daß Offiziere Futterrationen für Pferde beziehen, die sie in Wirklichkeit gar nicht besitzen. Für solche Rationen, die nicht gebraucht werden, erhalten sie eine Vergütung von 91 Pf. pro Tag, macht im Jahre 332,15 M. Eine ganze Anzahl Offiziere beziehen sechs bis acht Rationen, obwohl sie höchstens drei bis vier Pferde halten. Die Absicht der Budgetkommission ging dahin, keinem Offizier mehr Rationen zu gewähren, als er in der Tat Pferde besitzt. Es sollte gespart werden. Die Heeresverwaltung hat es nun mit dieser Sparsamkeit versucht und ist zu dem verblüffenden Resultat gekommen, daß die Durchführung der vom Reichstag geforderten Ersparnisse eine derart hohe, dauernde Mehrbelastung der Steuerzahler mit sich bringt, daß es bei den derzeitigen Finanzverhältnissen des Reiches nicht ratsam erscheint, den ganzen Betrag in den vorliegenden Etat einzustellen.

Die Militärverwaltung steht nämlich auf dem ungeheuerlichen Standpunkt, daß die Offiziere für den Wegfall der zu viel bezogenen Rationen entschädigt werden müssen und sie nimmt diese Entschädigung auf ganz seltsame Weise vor. Die Möglichkeit, sich für Pferdeationen Geld geben zu lassen, besteht bloß für die nicht pferdegeldberechtigten Offiziere, denn die anderen Offiziere, die Pferdegeld beziehen, erhalten schon jetzt nicht mehr Rationen, als sie tatsächlich verbrauchen. Letztere Kategorie von Offizieren bezieht in einem Turnus von acht Jahren den Betrag von 1500 M., für welches Geld sie sich ein Pferd zu beschaffen haben. Nach 8 Jahren erhalten sie wiederum 1500 Mark, ohne Rücksicht darauf, ob das Pferd noch diensttauglich ist oder nicht. Kein Pferdegeld erhalten Generale, Offiziere der Kavallerie und reitenden Feldartillerie, die aus diesen Waffen hervorgegangenen Offiziere in besonderen Stellungen, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und eine Anzahl Militärbeamter. Der Etat für 1910 sieht nun die Gewährung von Pferdegeld vor für Generale, Sanitäts- und Veterinäroffiziere und Beamte. Die Ventnants der berittenen Truppen sollen eine Entschädigung von 180 M. pro Jahr erhalten.

In der ganzen Armee werden für ein Pferd für den Zeitraum von 8 Jahren 1500 M. gezahlt. Für die Generale soll jetzt eine Ausnahme getroffen werden. Die Heeresverwaltung behauptet nämlich, daß die Pferde, die für Generale notwendig sind, 2700—3500 M. kosten, und lediglich im Interesse der Sparsamkeit sollen sich die Generale mit einem Pferdegeld von 2400 M. begnügen. Die Zahl der Pferde, die für die Generale als zuständig festgesetzt sind, ist natürlich wieder

viel zu hoch angesetzt. Die kommandierenden Generale sollen Pferdegeld erhalten für je 6 Pferde, macht auf einen Turnus von 8 Jahren 14 400 M. Außerdem hat jeder dieser Herren noch ein Automobil zur Verfügung. Die Heeresverwaltung bemerkt dazu, daß das Vorhandensein des Automobils nicht als Grund dafür angesehen werden könne, den Pferdebestand der Generale zu ermäßigen. So hat z. B. auch der Präsident des Reichsmilitärgerichts, der dienstlich überhaupt kein Pferd braucht, Anspruch auf Pferdegeld für sechs Pferde!

Wenn die Generale teure Paradeperde haben wollen, so besteht für die Steuerzahler nicht der mindeste Anlaß, den Herren diesen Luxus zu bezahlen. Im Ernstfall kommt es weniger auf die Schönheit des Pferdes als auf die strategischen Fähigkeiten des Reiters an. Dabei ist gar nicht gesagt, daß die Generale auch tatsächlich fortwährend sechs Pferde halten müssen. Auf das Geld für eine solche Anzahl von Pferden haben sie jedoch unter allen Umständen Anspruch. Der Unterschied besteht dann lediglich darin, daß der Offizier früher ein Nebeneinkommen aus den überflüssigen Rationen hatte, künftig wird er unter Umständen ein noch höheres Nebeneinkommen aus nicht verbrauchten Pferdegeldern haben! Die im Ausland befindlichen deutschen Offiziere erhalten Pferdegeld und Rationen auch dann, wenn sie überhaupt keine Pferde halten! Auch die diensttuenden Adjutanten des Kaisers sollen künftig Pferdegeld und Rationen ohne Rücksicht auf die Zahl der wirklich gehaltenen Pferde bekommen. Das wird damit begründet, daß die Adjutanten den Kaiser viel auf Reisen zu begleiten hätten, nicht immer Pferde mitnehmen könnten, und sich dann am Orte des Reiseziels beritten machen müßten.

Bei den Generalen werden künftig an Rationen und Stallgeldern 243 332 M. „erspart“ und dafür an Pferdegeldern 347 004 M. mehr ausgegeben! Und das ganze nennt sich dann: Militärische Sparsamkeit!

## Mannesmännliche Stimmungsmache.

Es hat fast den Anschein, als sollte es zu einem Losungswort aller vaterländisch Gesinnten werden, zu einem Kristallisationspunkt, um den sich die Verärgerung des letzten Sommers zerstreuten Parteien ansammeln und gruppieren. Eine jener Fragen, die an das nationale Ehrgefühl oder einen wirtschaftlichen Lebensnerv des deutschen Volkes rühren, ist wieder einmal hoch gelegt, und mit erfreulicher Promptheit beginnt das Empfinden des deutschen Volkes darauf zu reagieren. Es ist eine Bewegung jenes Geistes, der damals nach Scherdingen in wenigen Tagen sechs Millionen zusammenbrachte, um dem großen Helden des deutschen Volkes in treuer Hilfsbereitschaft beizustimmen, jenes Geistes, der nach den Tagen des kolonialen Jammers die eigenwillige Pedanterie des Reichstages fortsetzte und dem Kaiser einen Reichstag zur Verfügung stellte, der für vaterländische Notwendigkeiten ein lebendigeres Verantwortlichkeitsgefühl haben sollte.

Das „es“, von dem in diesen hochstrahlenden „patriotischen“ Phrasen die Rede ist, soll Marokko sein. Wichtiger aber ist es, dafür die Konzeptionen der Gebrüder Mannesmann u. Co. zu setzen. Zu ihrem Ruhm und Ehren ist die Broschüre geschrieben, aus deren Anfangsworten wir die obigen Zeilen zitieren. In der Nr. 308 vom 20. Dezember haben wir dieses von einem Pseudonymus „Osman“ gezeichnete und von dem pseudonymen Verlag Continente, G. m. b. H. zu Berlin verlegte Madril, „Eine deutsche Antwort“ heißt mißbräuchlich der Titel, bereits kurz erwähnt und summarisch gekennzeichnet. Es verdient indes noch eine etwas nähere Betrachtung, da es ein ganz instruktiver Beitrag zur Beurteilung der Methode des Mannesmann-Subdilatats bei seiner Bearbeitung der öffentlichen Meinung ist.

Wie das Blatt zeigt, arbeitet die Broschüre ausgiebig mit nationalen Kraftphrasen. Die chauvinistischen Instinkte des deutschen Bürgers gegen das böse Frankreich, dem die ungeschickte, irrlückernde Führung der deutschen Marokkopolitik zugute gekommen ist — vom Standpunkt der Kapitalisten und Imperialisten gesehen, denn sonst läßt sich natürlich irgend ein wirklicher Vorteil in der Verwickelung in das marokkanische Abenteuer nicht erblicken — werden kräftig angeregt. Und dann wird beweglich geschildert, wie die braven Gebrüder Mannesmann, die deutschen Kulturpioniere, die „westfälischen Patrioten“, in dem Lande, wo Deutschland nun infolge der Schuld der deutschen Regierung keine politischen Ansprüche mehr zu machen hat, gearbeitet haben, um wenigstens noch wirtschaftliche Vorteile für ihr Vaterland herauszuschlagen. Sie haben sich denn auch die Gelbnot der Sultane Abdul Käs und Mulay Hafid geschickt zunutze gemacht, um ihnen gegen Vorstreifen verhältnismäßig geringer Summen Konzeptionen abzuschöpfen, die ihnen nahezu ein Monopol auf den gesamten Erzebergbau Marokkos geben und die nach der Prosküre der deutschen Industrie, vornehmlich der Eisenindustrie, ganz gewaltige Vorteile bringen sollen. Und alle diese Vorteile und diese wohlverdienten Rechte will die deutsche Regierung auf den Einpruch der französischen Union des mines marocaines, der Konkurrentin des Mannesmann-Subdilatats, dem zweifelhaften Spruch eines internationalen Schiedsgerichtes preisgeben! Es ist himmelschreiend!

Wie wohlverdient diese Rechte sind, das geht aus der Gegenleistung, die die Mannesmann gegeben haben, hervor. Sie haben ungefähr dieselbe Methode angewendet, die die Kulturpioniere in Afrika gebrauchten, wenn sie für ein Lothentuch oder anderen wertvollen Land von den Regierhüpfeligen ganze Länder erwarben.

Etwas mehr haben ja die Gebrüder Mannesmann geben müssen, denn die marokkanischen Sultane sind keine Regentkinder — aber sicherlich haben sie die bedrängte Lage der maurischen Majestäten ausgenutzt, um sich riesige Millionenwerte für einige Hunderttausende Schenken zu lassen. Indes, so würden es ihre Konkurrenten wahrscheinlich auch gemacht haben, wenn ihnen nicht zugekommen worden wäre — solche angenehme Methoden „ursprünglicher Kapitalakkumulation“ machen ja die Kolonialpolitik zu einem so nutzbringenden Geschäft für die Bourgeoisie. Zweifellos ist aber, daß die Mannesmänner nur für einen kleinen Teil der gewaltigen Minenfelder, die ihnen die Sultane auslieferten, die Vorarbeiten leisten konnten, die nach dem Vergleiche zivilisierter Nationen allein erzielbaren, einen Anspruch auf die Bodenschätze zu erwerben. Nun ist im Algerienvertrag vereinbart worden, daß für Marokko ein Vergütung nach europäischen Grundsätzen erlassen werden solle und die deutsche Regierung hat später besondere Anstrengungen gemacht, um einen Nachtrag zu dieser Bestimmung zu erreichen, wonach dieses Gesetz unter gemeinsamer Mitwirkung der Signatarmächte ausgearbeitet werden solle. Sie tat es, weil sie fürchtete, daß der ganz unter französischem Einfluß stehende Abdul Afs sonst ein Vergütung geben werde, das einseitig zugunsten der Franzosen gefügt sei. Am 20. August gelang es ihr, mit dieser Forderung durchzubringen. Der Zweck dieser Bestimmung war also, zu verhindern, daß die Kapitalisten einer Nation oder irgendeiner Gruppe sich unbegrenzte Konzessionen geben lassen konnten, ohne durch bergmännische Vorarbeiten sich einen Anspruch auf die Verteilung erworben zu haben. Das Monopol einer Gruppe sollte verhindert werden, denn wenn nach Erlaß eines rationalen Vergütung erst durch Schürferversuche ein Anrecht auf die Ausbeutung der Bodenschätze erworben werden muß, so ist der freie Wettbewerb gesichert. Gleich nach der internationalen Abmachung vom 20. August 1908 aber, die von deutscher Seite angeregt war, haben die Mannesmänner ihre Forderungen erreicht und also gerade das zu erzielen gesucht, was die Abmachung verhindern will.

Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Regierung ihren mannigfachen Marokkoblamagen eine neue und sehr schwerwiegende hinzuzufügen mühte, und daß sie die schwersten Konflikte leichtfertig provozieren würde, wenn sie die Rechtsgültigkeit dieser Konzessionen durch die und dünn verfechten wollte. Die Broschüre bringt freilich einen ganzen Haufen von Gutachten, unterzeichnet von bekannten Staatsrechtlehrern und anderen Juristen, nicht bloß deutscher, sondern auch anderer Nationalitäten — sogar Franzosen sind darunter, was nicht so verwunderlich ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, da das Mannesmannsyndikat auch französische Teilhaber hat. Alle diese Gutachten verfahren mit der absoluten Bestimmtheit, die solchen juristischen Äußerungen stets eigen ist, daß die Rechte der Mannesmänner ganz unanfechtbar sind, daß der Sultan zur Vergütung der Konzessionen und zum Erlaß des Vergütungsgesetzes, darauf sie fußen, als Souveräne des marokkanischen Staates absolut berechtigt war. Mit diesen juristischen Gutachten ist es indes hier eine eigene Sache. Wenn eine Sache nur irgend eine rechtlich zu vertretende Seite hat, so wird man immer Juristen finden, die diese Seite für die wesentliche und entscheidende halten; man wird aber ebenso sicher auch andere Juristen finden, die gerade die anderen Seiten für allein bedeutsam und ausschlaggebend ansehen. Viel wesentlicher als die Fragen, die diese Gutachten beantworten, ob nach dem Buchstaben der völkerrechtlichen Normen die Konzessionen rechtsgültig sind, ist die, ob sie mit dem Sinn und dem Zweck der internationalen Abmachungen über Marokko vereinbar sind. Und das muß verneint werden. Von der ehelichen Innehaltung dieser Abmachungen aber hängt weit mehr als der Profit einiger Kapitalisten ab, hängt der Friede ab!

Es übertrifft das Mannesmann-Syndikat überhaupt eine deutsche Unternehmung und ist das Interesse der deutschen Industrie so gewaltig, wie die Broschüre es so bereit hinstellt? Die Frage nach der Zusammenfassung des Syndikats behandelt sie nur an einer Stelle und da heißt es:

Nach einer Erklärung des Marokko-Minen-Syndikats ist bei der Mannesmann-Gesellschaft die absolute Mehrheit der Kapitalisten in den Händen von Reichsdeutschen, die Dreiviertelmehrheit in den Händen von Deutschen und Deutsch-Oesterreichern. Es ist auch Vorsorge getroffen, daß das Verhältnis nicht zugunsten der Deutschen verschoben werden kann. An dem deutschen Charakter des Unternehmens ändert der Umstand nichts, daß in der Minorität auch ausländische Interessenten daran beteiligt sind. Ebensovienig wie die Deutsche Reichsbank ein ausländisches Unternehmen ist, obgleich Aktien der Deutschen Reichsbank sich in den Händen von Ausländern befinden. Die Majorität bestimmt die Nationalität und die Leitung der Gesellschaft. Andererseits beträgt die deutsche Beteiligung an der „Union des mines marocaines“ nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nur 15 Proz. Daraus folgert:

„Die deutsche Gesellschaft hat es kraft der deutschen Mehrheit in der Hand, die großen Aufträge an Bergwerksmaschinen der heimischen Industrie zuzuführen; die französische nicht. Die deutsche Gesellschaft würde den Export durch deutsche Arbeiter nach Deutschland leiten; die französische nicht. Die deutsche Gesellschaft würde einen großen Bedarf an deutschen Ingenieuren, Chemikern, Bergwerkstechnikern, Vorarbeitern haben, die französische nicht. Alles käme Frankreich zugute.“

Ueberdies ist das französische Syndikat fast ganz in den Händen von Eigenverbraucher, die das Erz vorzugsweise eigenen Betrieben zuführen würden, während die Ausbeute aus den Mannesmann-Minen bis auf die letzte Tonne der deutschen Gesamtindustrie zugute käme.“

Genau Zahlen über das Verhältnis der deutschen Kapitalisten zu den nichtdeutschen im Syndikat anzugeben, hütet sich also die Broschüre. Besonders glänzend muß es in dieser Hinsicht nicht stehen, denn sonst brauchte die Erklärung nicht mit so blöden Argumenten aufzuwarten, wie es der Vergleich mit der Reichsbank und die Anführung der Deutsch-Oesterreicher ist. Die Deutsch-Oesterreicher besagen nichts für das, was das Mannesmannsyndikat beweisen will, denn auf wirtschaftlichem Gebiet bedeutet das politische Bündnis sehr wenig und vom Kapital der Reichsbank ist natürlich, wenn überhaupt, nur ein ganz geringer Teil des Kapitals in ausländischen Händen. Vor allen Dingen aber ist die Gewalt der Aktionäre auf die Geschäftsführung der Bank sehr gering. Vom Kapital des Syndikats aber ist ein sehr großer Teil — es scheint fast die Hälfte — in ausländischen Händen. Und da soll der deutschen Industrie die gesamte Ausbeute der Minen und die gesamte Lieferung für die Bergwerksbetriebe zustiegen? Die starken ausländischen Teilhaber sollten sich nicht gescheut haben, was die nur 15 Proz. des Kapitals der Union des mines marocaines stellten den deutschen Teilhaber Krupp, Deutscher Kaiser-Gesellschaften sich dort gescheut haben? Um das zu glauben, mühte man schon ein allwissender Possitler sein!

Noch viel tollere Uebersinnlichkeit sehen übrigens jene Ausführungen der Broschüre voraus, wo haarscharf bewiesen wird, daß die deutsche Eisenindustrie binnen einem Menschenalter dann zugrunde gehen muß, wenn nicht die Mannesmänner die Konzessionen erhalten werden. Denn, so wird da argumentiert, die deutschen Eisenerzgruben sind binnen 30 Jahren erschöpft, die ausländischen Bezugsquellen werden ihr inzwischen durch ausländische Konkurrenz und durch Ausfuhrzölle und dergleichen verschlossen werden, mit Ausnahme der Minen des Mannesmann-

Syndikats, das natürlich in edler patriotischer Entschlossenheit nur für Deutschland liefern wird, und wenn das an den übrigen Quellen der Deutschen überbietende Unternehmertum des Auslandes auch noch soviel höhere Preise bieten würde. Es genügt, diesen frechen Unfug anzumagen.

Er hat indes bei diesen Handelskammern der Eisenbezirke Anklang gefunden und wird in den Eingaben, die sie und diverse Unternehmervereinigungen an den Reichsfanzler richten, ernsthaft angeführt. Von diesen Eingaben, die die Broschüre abdruckt, ist eine bemerkenswert; sie ist nämlich eine angeblich von Arbeitern stammende! Natürlich nur angeblich. Entworfen auf einem Unternehmerbureau, ist sie geeignet von den bekannten Herren Ernert und Feuer mit der Firma der bekannten Unternehmerröhre „Dund vaterländischer Arbeitervereine“. Der Broschürenschreiber schreibt natürlich in die Welt hinaus, daß hinter ihr die Männer stehen, „deren harte, starke Hände sich nach dem deutschen Erze ausstrecken und es zu des Reiches Ruh und Ehre in schwerer, mühseliger Arbeit schweigen und hämmern werden“. In Wirklichkeit steht natürlich nicht ein Arbeiter dahinter. Als Probe aber, zu was alles diese Werkzeuge des Unternehmertums sich gebrauchen lassen müssen, sei die folgende Stelle der Eingabe wiedergegeben:

„Euer Erzelekt bitten wir, bei dieser Frage hochgeneigt berücksichtigt zu wollen, wie schwer es uns vaterländischen Arbeitern ist, gegenüber der beständig regierenden Sozialdemokratie den Standpunkt zu vertreten, daß die großen Ausgaben für Heer und Flotte, namentlich für die letztere, dem deutschen Volke und insbesondere der deutschen Arbeiterklasse wieder zugute kommen. Wenn jetzt, nachdem wir vor dem Sturze des französischen Ministers Delcassé den Krieg für unsere Marokkointeressen riskiert haben, gerade diejenigen Interessen gepöppelt werden sollen, an denen die deutsche Arbeiterklasse direkt interessiert ist, so werden wir in unserem Kampfe gegen die Sozialdemokratie nur schwer dann eine Antwort finden, wenn diese uns entgegenhalten kann, daß das Risiko eines Krieges schwindet und demzufolge auch die großen Ausgaben für Heer und Flotte unproduktiv und überflüssig sind, wenn deutsche Interessen, trotz unserer starken Heeresmacht, im Auslande preisgegeben werden.“

Ein solch frivoles Spiel mit dem Kriegsgedanken magt Bezeichnenderweise keine der direkten Unternehmereingaben. Die auch hier der Sozialistenfurcht der guten „nationalen“ Sache dienen muß, ist nebenbei auf jeden Fall bemerkenswert.

Somit besteht die ganze Broschüre aus Ausschnitten aus der von den Mannesmännern geschickt bearbeiteten deutschen bürgerlichen Presse und aus den Ausführungen der bürgerlichen Redner zur Affäre in der Staatsdebatte des Reichstags. Die bürgerlichen Parlamentarier stehen ohne Ausnahme zu den Mannesmännern, selbst der Sprecher des Freisinn, Herr Wiemer, hat sich nicht gescheut, gegen die Ueberweisung der Affäre an ein Schiedsgericht zu sprechen, obgleich der Freisinn sonst als Förderer und Freund der Schiedsgerichtsbestrebungen auftritt. Kein Wunder, daß die Broschüre diese einhellige Begeisterung der Bürgerlichen für die Interessen des Mannesmannsyndikats zu dem Schwindel ausmüht, alle Parteien und die gesamte Presse Deutschlands seien in dieser Stellung einig. Die Sozialdemokratie, die sich natürlich nie und nirgends für den Mannesmannrummel engagiert hat, wird einfach unterschlagen.

Indes sie ist nicht aus der Welt zu schwindeln und wird das Ihre tun, um die Aufbauschung der Mannesmanninteressen zu einer „nationalen Angelegenheit“, zu einer Sache der „nationalen Ehre“ zu erheben!

## Die Polizei auf der Anklagebank.

Wie in Berlin die Polizei sich als Herrin der Strafe betätigt, das haben wir in den letzten Jahren wiederholt gesehen. Am 12. Januar 1908 hielten Polizisten auf Bahnhofsdeemonstranten mit der bloßen Waffe ein, am 21. Januar 1908 wurde in gleicher Weise ein Zug Arbeitsloser attackiert. Keinhilflich ist sie seitdem noch mehrfach vorgegangen.

Einnmal geschah's, daß auch gegen eine Veranstaltung bürgerlicher Kreise die Polizeihand sich regte. In der Zeit der Ferrer-Proteste hatte ein Komitee bürgerlicher Frauen am 19. Oktober 1909 eine Versammlung nach Kellers Philharmonie (Köpenicker Straße) einberufen, in der Frau Alh Braun referierte. Nach Schluß der Versammlung kam es auf der Straße zu Menschenansammlungen, die sich nicht so rasch zerstreuen konnten, wie die Polizei es wünschte. Es gab dann die gewohnten Attacken und eine Anzahl Verhaftungen.

Gestern hatte das Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 141) nacheinander zwei der damals sistierten Personen abzuurteilen, denen die üblichen Strafmandate aufgepackt worden waren. Beide hatten Widerspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt, für die von dem Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld durch Zahlung wahrhaft „massiger“ Zeugen die rechte Grundlage geschaffen worden war.

Verhandelt wurde zunächst gegen den Kaufmann Paul Dölg, der an jenem Abend gegen 10 Uhr an der Ecke der Köpenicker und der Brückenstraße den Polizeibefehl weiterzugehen nicht befolgt und überdies laut gejöhlt haben sollte. D. bestritt das. Nach Schluß der Versammlung habe er, um der bereits vorrückenden Polizei aus dem Wege zu gehen, sich in ein benachbartes Lokal begeben, nachher sei er an der genannten Straßenecke an die Straßenbahnhaltestelle getreten, um heimzufahren. Hier habe plötzlich ein Schutzmännchen ihn festgenommen, ohne ihn zum Weitergehen aufgefordert zu haben.

Dieser Schutzmännchen Medin bekundete als Zeuge, nach der Versammlung sei es zu einer Straßendemonstration gekommen. Auf des Verteidigers Frage, was er darunter verstehe, antwortete D., es seien Tausende von Personen dagewesen. Sie seien von einem Wachtmeister allgemein aufgefordert worden, sich zu entfernen. Er, Zeuge, habe Dölg nicht aufgefordert. D. aber, hinter dem er gestanden habe, ohne bemerkt zu werden, habe gejöhlt, da habe er ihn festgenommen. Es sei unmöglich, daß er einen falschen ge-grißen habe.

Um festzustellen, wie an jenem Abend die Polizei „gearbeitet“ hat, hatte der Verteidiger auch einige Zeugen geladen, die den „höheren“ Gesellschaftsklassen angehören. Der Herr Graf Goensbroech und die Frau Schulrat Cauer sollten über die Eindrücke berichten, die sie auf der Straße von dem Verhalten des Publikums und der Polizei empfangen hatten.

Aussage des Grafen Goensbroech und der Frau Minna Cauer. Graf Goensbroech bekundete etwa folgendes: Ich habe dasselbe, was ich hier sagen will, schon vor einiger Zeit auch dem Polizeipräsidenten in längerer Unterredung vor-

getragen. Es ist schwer, über das Verhalten der Polizei zu sprechen, ohne eine formale Beleidigung zu begehen.

Nie sah ich etwas Rehnliches von Brutalisierung einer Volksmenge, die sich durchaus ruhig verhielt.

Ich sagte der Polizei:

„Sie züchten Sozialdemokraten!“

Vor Beginn der Versammlung standen Hunderte vor der Tür und verhielten sich tadellos ruhig. Ich habe selten eine Versammlung gesehen, die so ruhig verlief, wie diese. Als wir nach Schluß der Versammlung auf die Straße hinaustraten, waren da Tausende von Menschen, die selbstverständlich nicht auf einmal verschwinden konnten. Ich wollte ruhig zur nächsten Straßenbahnhaltestelle gehen, die am Denkmal von Schulze-Delisch ist. Ich ging auf das Denkmal zu, um dort zu warten. Ich stand vielleicht 10 Minuten, weil ich wegen der Menge nicht weiterkam. Aber ich hörte absolut nichts von irgend welchem Tumult oder Geschrei. Ich hörte nur, daß auf die Referentin, als sie heraustrat, ein Hoch ausgedrückt wurde. Aber das geschah in gar nicht provozierender Weise. Während ich so stand und wartete, hörte ich auf einmal einen fürchterlichen Spektakel, einen Ansturm von Leuten, und ich sah die Flucht einer Volksmenge. Neben mir stand ein Herr, der tat nichts und rief auch nicht. Da geht ein

Polizeileutnant auf den Mann los, packt ihn wie einen Verbrecher an der Gurgel und schmeißt ihn auf Straßenpflaster.

Ich betrachte es als ein Glück, daß er nicht mich gepackt und hingeschmissen hat; es hätte mir aber ebenso gehen können. Mit solcher Brutalität kann man eigentlich nur gegenüber einem Mörder handeln. Dann sprengte eine Kolonne berittener Schutzeute im Galopp auf und ein ritt auf den Bürgersteig. Ein Polizeileutnant wollte mir einreden, es sei „Schritt“ gewesen. Ich sagte ihm: „Verschonen Sie mich mit derartigen Darlegungen, ich weiß selber, was Schritt ist.“ Als die Schutzeute auf den Bürgersteig ritten, gab es einen fürchterlichen Tumult, und dann entstand ein Jöhlen. Ich

fürchtete für mein Leben,

daher ging ich auf einen Leutnant zu und nannte meinen Namen. „Ich verlange“, sagte ich, „Schutz für mein Leben vor Ihren Leuten!“ Er antwortete: „Es tut mir leid, daß Sie hineingekommen sind, wir handeln auf Befehl.“ Ich erwiderte: „Die solche Befehle erteilen, sind nicht wert, an Ihren Stellen zu sitzen.“ — Der Zeuge schloß seine Bekundungen: „Für nichts und wieder nichts wurden die Leute angegriffen. Ich wurde dann hinausgeleitet, ich fürchtete tatsächlich für mein Leben. Auf den Vorhalt des Verteidigers, daß der als Zeuge vernommene Schutzmännchen eine „Straßendemonstration“ gesehen haben wolle, erklärte Graf Goensbroech, von einer solchen habe er nichts bemerkt.“

Frau Schulrat Cauer, eine Dame von jetzt 68 Jahren, schilderte folgendermaßen die Eindrücke, die sie auf der Straße empfunden hatte: Ich war, als wir hinaustraten, entsetzt über das Aufgebot der Schutzmännchen, über die ungemessene Aufregung unter den Schutzeuten. Berittene sprengten hin und her, ein Schutzmännchen drängte uns an die Wand, so daß wir beiseite sprangen. Wir wußten gar nicht, was sich ereignet hatte. So lange ich da war, hörte ich nichts von Jöhlen. Alle gingen, aber sie wurden fortwährend provoziert, indem immerzu gerufen wurde: „Machen Sie, daß Sie wegkommen!“ Bei so vielen kommt doch mal ein Gedränge vor. Wir fragten uns immer wieder, was denn geschah sei. Und immer wieder fuhren die Schutzeute uns an: „Machen Sie, daß Sie wegkommen!“ Dabei ritten sie mit den Pferden auf das Trottoir. Es war ja doch alles ruhig, wir sind geradezu provoziert worden.

Aufgefordert oder provoziert?

Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden, daß aufgefordert worden sei, weiterzugehen, äußerte sich noch einmal Graf Goensbroech: Die Aufforderung der Schutzeute bestand darin, daß man einfach geknuppelt wurde. Nicht in anständiger Weise sind die Schutzeute vorgegangen, die doch von uns bezahlt werden. Sie sind in so provozierender Weise vorgegangen, daß einem das Blut in den Adern heiß wurde. Ich bin ein loyaler Staatsbürger, aber für eine solche Polizei bedanke ich mich. Der Vorsitzende wehrte ab: „Wir sitzen hier nicht zu Gericht über die Polizei.“ Auch Frau Cauer fügte dann noch hinzu: Die Aufforderung der Schutzeute war barsch. Das Publikum war außerordentlich gehorlich, aber es konnte nicht so schnell weg, weil so viele da waren. Die erneute Frage des Verteidigers, ob man, wie der Schutzmännchen, von einer „Straßendemonstration“ sprechen könne, wurde vom Vorsitzenden abgeknüpft: „Er meint eben, daß eine Menge Menschen da waren.“ „Na, wie soll denn“, fragte der Verteidiger, „eine Versammlung sich leeren, ohne daß eine Menge Menschen rauskommen?“

Die Beweisaufnahme wandte sich dann wieder dem besondern

Fall Dölg

zu.

Ein Reisender Wüstenberg, der in Begleitung von D. die Versammlung besucht hatte und mit ihm an die Straßenbahnhaltestelle getreten war, sagte aus: Wir standen zusammen, da ritz mit einmal ein Schutzmännchen den D. weg und führte ihn ab. Ich ging hinterher, einige Zeugen meldeten sich, ich notierte sie. D. hatte nichts getan, nicht gejöhlt, kein Wort gesagt. Wir hatten auch keine Aufforderung weiterzugehen gehört. Vorsitzender (zum Schutzmännchen): „Können Sie sich nicht irren?“ Schutzmännchen: „Nein.“ Vorj.: „Na, einer von Ihnen schwört doch falsch.“ Schutzmännchen: „Es ist ja möglich, daß ich einen Falschen herausgesehen habe.“ Vorj.: „Namen Sie von hinten?“ Schutzmännchen: „Ich weiß nicht.“ Verteidiger: „Das haben Sie ja vorhin selber gesagt!“ Schutzmännchen: „Ich kam gerade vor.“ Vert.: „Aber doch von hinten!“ Die konnten Sie denn da sehen, daß er jöhlt!“ Auf die erneute Frage des Vorsitzenden, ob er sich nicht geirrt habe, lenkte der Schutzmännchen ein: „Ja, wo der Herr soviel Zeugen hat —“

Somit fiel die Beschuldigung, gejöhlt zu haben.

Aber D. habe mindestens die Aufforderung weiterzugehen nicht befolgt, meinte der Staatsanwalt. „Ich kann doch an einer Straßenbahnhaltestelle stehen“, wack der Vorsitzende ein, der offenbar in diesem Punkte noch nicht ible Erfahrungen gemacht hat. Der Schutzmännchen sagte einseitigvoll jetzt selber: „Die Menschenmenge war zu groß, da konnte niemand durch.“

Vernommen wurde noch ein Verleumdungsgagedorn, der gleichfalls an jener Straßenbahnhaltestelle gewartet hatte. D. habe absolut nichts gemacht. Ein Verleumdung

habe gerufen: „Zum Donnerwetter, wenn die Leute nicht auseinandergehen, dann bringen Sie sie zur Wache!“ Vorf. (zum Schutzm.): Das haben Sie uns ja gar nicht gesagt! Schutzm.: Ich habe das nicht gehört. Gagedorn: „Darauf stürzte sich der Schutzm. in die Menge und griff D. heraus.“ Vorf.: „Warum denn den?“ Gagedorn: „Ja, ich hätte es auch sein können.“ Vorf.: „Fragte er nicht warum?“ Gagedorn: „Da gab es keine Widerrede.“

Auch für den Amtsanwalt gab es jetzt keine Widerrede mehr gegen solche Bekundungen: er beantragte selber Freisprechung, weil es gar nicht möglich gewesen, die Aufforderung zu befolgen, selbst wenn D. sie gehört haben sollte.

Der Verteidiger schloß sich an mit folgender Begründung: Die Verhandlung hat wieder gezeigt, was herauskommt, wenn die Polizei erregt ist. Eine nervöse Polizei wird Zusammenstöße auch mit der ruhigsten Menge haben. Daher versteht man es, daß der neue Polizeipräsident den Neujahrswunsch ausgesprochen hat, das Einvernehmen zwischen Polizei und Publikum möge ein besseres sein. Daß es kein gutes ist, ist Schuld der Polizei, auch der oberen Beamten. Das ergeben im vorliegenden Fall die Bekundungen besonders des Heiligen Goensbroech. Gegen Döls hat der Schutzm. zuerst sehr bestimmt ausgesagt, nachher aber hat er seine Aussage stark eingeschränkt. Erwiesen ist, daß D. nichts begangen hat. Er ist nicht nur freizusprechen, auch die notwendigen Auslagen, insbesondere die Verteidigungskosten, sind der Staatskasse aufzubürden.

Das Urteil lautete, gemäß dem Antrag der Verteidigung: Freisprechung und Uebnahme der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse. Die Begründung des Urteils hob nochmals hervor: „Wir sehen hier nicht zu Gericht über die Polizei!“

#### Fall Vohm.

Und dennoch mußten sie gleich darauf zum zweitenmal über die Polizei zu Gericht sitzen. Sie hatte dem Geschäftsdienster Emil Vohm ein Strafmandat befördert, weil er nach jener Versammlung skandalisiert habe, daß man es strakenweit gehört habe. Die Verhandlung gegen Vohm, der richterliche Entscheidung beantragt hatte, gestaltete sich sehr einfach. Vohm, dem als Verteidiger gleichfalls Rechtsanwalt Rosenfeld zur Seite stand, erklärte, nicht skandalisiert zu haben. Schutzm. Hof, der ihn festgenommen hatte, sagte aus: Wir sollten die Leute, die auf dem Bürgersteig waren, weiterweisen. Hauptmann Stephan befahl: „Rehmen Sie die Leute da fest!“ Es waren circa 20 Personen. Vorf.: Alle, die da waren, sollten Sie festnehmen? Warum denn? Schutzm.: Das weiß ich nicht. Vorf.: Skandalisierte der Angeklagte? Schutzm.: Das weiß ich nicht. Nebenbei bemerkt: Dieser Hauptmann Stephan ist vermutlich derselbe Hauptmann Stephan, der am 12. Januar 1908, dem Wahlrechts-sonntag, die Schlächt an der Friedrichsgracht verschuldet hat.)

Der Vorsitzende hatte genug. Er verfügte in Uebereinstimmung mit den Beisitzern Schluß der Beweisaufnahme. Der Amtsanwalt beantragte Freisprechung. Ihm schloß der Verteidiger sich an mit dem Ausdruck des Erstaunens darüber, daß ein Polizeihauptmann einfach alle sistieren lasse, die da stehen, und das Publikum das geduldig hinnehme. Selbstverständlich seien auch hier dem Angeklagten die notwendigen Auslagen zu ersehen.

Das Urteil lautete auch in diesen Fällen: Freisprechung und Uebnahme der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse.

In einem Rechtsstaat würden nun die Polizeibeamten, die die widerrechtliche Verhaftung angeordnet und vollführt haben, auf die Anklagebank gelangen und wegen schweren Amtsmißbrauchs und Freiheitsberaubung zu mehrjähriger Zuchthausstrafe und zu einer Buße verurteilt werden. In Preußen aber hat die Gerechtigkeit zu schweigen, zumal die herrschende Klasse auf Grund des Wahlrechts Herrscherin und Gesetzesverächterin sein darf.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Januar 1910

### Sie haben sich wiedergefunden.

Nationalliberale und Freisinnige haben die Streitart im Wahlkreis Eisenach-Deimbach begraben. Die große Frage: „Wer soll Kandidat des liberalen Parteigemeinschafts sein?“ ist entschieden. Herr Krug tritt zurück und an seiner Stelle wird der nationalliberale Rechtsanwalt Appellus aufgestellt.

Und kann es gleichgültig sein, ob der liberale Gegenkandidat Krug oder Appellus heißt. Ob etwas mehr oder weniger agrarisch, das ist ganz nebensächlich. Aber die konservativen Blätter geben den Ton an, als wollten sie aus der Haut fahren. Die „Deutsche Tagesztg.“ leistet sich in ihrem Aerger z. B. folgende Kapuziner-Epistel:

Dieser Rücktritt ist unmittelbar erfolgt, nachdem der Vorsitzende der nationalliberalen Partei des Wahlkreises öffentlich erklärt hatte, die Nationalliberalen müßten die Zustimmung, den Kandidaten fallen zu lassen und einen anderen aufzustellen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Diesen großen Worten ist die kleine Tat auf dem Fuße gefolgt. Die nationalliberalen „Männer“ haben sich, nachdem sie, wie der Berliner sagt, eine Lippe rüchert hatten, ins Dackhorn jagen lassen und sich den freisinnigen Zustimmung beiseite und lässlich unterworfen. Es würde höchst merkwürdig sein, wenn man sagen wollte, daß diese „männliche“ Handlungsweise echt nationalliberal sei. Man wird aber wohl sagen dürfen, daß sie den Kenner der nationalliberalen Seele nicht überrascht habe. Das Bedrückte an der ganzen Sache ist aber das, daß derselbe Herr, der 24 Stunden vor der Zurückziehung der Kandidatur die freisinnige Zustimmung so scharf und so entschieden zurückwies, jetzt selber als liberal-freisinniger Kandidat ins Auge gefaßt oder aufgestellt worden sein soll. Wenn die Freisinnigen einem solchen Kandidaten zustimmen, so kann man ihnen das nicht verdenken; der Gefügigkeit dieses Herrn können sie sicher sein.“

### Ein ungefügiger Bischof.

Nachdem schon der Bischof von Reg. das Schreiben des Staatssekretärs der Reichslande, des Freiherrn Born von Sulach, zurückgewiesen hat, folgt nun auch der Bischof von Straßburg mit einer Zurückweisung — nur schlägt dieser Herr noch etwas schärferen Ton an als sein Bruder in Reg. Herr Dr. Frieg schreibt u. a.: „Die Frage, um die es sich hier handelt, ist in erster Linie eine Gewissensfrage für einen Teil meiner Diözesanen. Dem

Bischof als dem ordentlichen Träger der kirchlichen Hirten- und Lehrgewalt obliegt die Pflicht und nicht das Recht zu, seine Diözesanen auf die Verpflichtung des kirchlichen Sittengesetzes hinzuweisen, die sich aus den Verhältnissen des Lebens für sie ergeben können. Durch den Umstand, daß diese Diözesanenangehörigen als Beamte oder Lehrer einer staatlichen Behörde unterstellt sind, kann das bezügliche Verhältnis nicht geschwächt werden, in dem sie in bezug auf Glaubens- und Gewissensfragen zur kirchlichen Hirten- und Lehrgewalt stehen.“

Die Verweisung auf den Dienstweg beantwortet der Bischof mit der Bemerkung, daß der Dienstweg nur einzuhalten sei, „sofern es sich um Mitteilungen handelt, die in der staatlichen Kompetenzsphäre liegen und sich auf die durch die staatlichen Gesetze geregelte Amtstätigkeit der Beamten und Lehrer beziehen. Außer den staatlichen Gesetzen haben aber die katholischen Beamten und Lehrer Glaubenspflichten zu erfüllen, in bezug auf welche sie nebstdem ihren kirchlichen Vorgesetzten unterstehen. Wie ich eine diese Gewissenspflicht betreffende Mitteilung auf dem Dienstwege und durch staatliche Vorgesetzte an die Lehrer gelangen lassen könnte, ist mir nicht ersichtlich, um so weniger, als der kaiserliche Oberaufseher selbst erklärte, daß der Anschluß an den Allgemeinen deutschen Lehrerverein, um den es sich hier handelt, durch die staatliche Gesetzgebung dem freien Ermessen der Lehrer anheimgestellt bleibt. Dementsprechend sehe ich mich veranlaßt, den gegen mich erhobenen Vorwurf eines Eingriffes in den Bereich der staatlichen Befugnisse zurückzuweisen.“

### Nochmals Rippplers Ende.

Die „Tägliche Rundschau“ liebt die Komik. Nachdem dieses unparteilich-politische Blatt noch vor wenigen Tagen mit größter Bestimmtheit bestritten hat, daß das Bibliographische Institut in Leipzig mit irgend jemand über den Verkauf der „Tägl. Rundschau“ unterhandelt hätte, schreibt es gestern:

„Die Fallmeldung der „Hamb. Nachrichten“, daß die „Tägliche Rundschau“ an die nationalliberale Partei zum Preise von 1.250.000 M. am 2. Januar verkauft worden sei, wird von einer Anzahl Blätter, insbesondere der „Deutschen Zeitung“ aus durchsichtigen Gründen weiter folportiert, obwohl wir sie auf das unabweisbarste dementiert haben. Man beruft sich auf eine angebliche Auskunft des Zentralbureaus der nationalliberalen Partei, wonach die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht seien. Das Zentralbureau der nationalliberalen Partei erklärt uns auf unsere Anfrage, daß es eine solche Auskunft niemals gegeben habe. Es kann sie auch nicht erteilt haben; denn Verhandlungen, die niemals stattgefunden haben, können nicht zum Abschluß gebracht werden.“

Wie so weit steht auch diese zweite Notiz einer Bestreitung durchaus ähnlich; dann aber folgt hinterher folgender lustige Zusatz:

„Wenn ein Besitzwechsel der „Täglichen Rundschau“ stattfinden sollte, so ist die selbstverständliche Voraussetzung, daß das Blatt als unabhängige nationale Zeitung erhalten wird und jede irgendwie geartete Parteihängigkeit ausgeschlossen bleibt. Wenn die „Hamb. Nachr.“ sich noch einige Zeit gedulden wollen, werden sie unsere Behauptung einwandfrei bestätigt finden.“

Daß diese Schlüsse mit den obigen in Widerspruch stehen, scheint den Herren Ripppler und Neumann gar nicht zum Bewußtsein zu kommen. Um so kühler ist die Zumutung, der Leser solle glauben, die „Tägl. Rundschau“ werde auch unter dem neuen Besitzer ihren antimilitärisch-antikerischen, alldutschen Charakter behalten. Darüber entscheidet doch nicht Herr Ripppler, sondern der neue Besitzer.

### Großgrundbesitzer und innere Kolonisation.

In dem Organ des Deutschen Bauernbundes war behauptet worden, daß man noch nichts davon gehört habe, daß „sührende Großgrundbesitzer jemals an der Durchführung der inneren Kolonisation mitgewirkt hätten“. Es sollte damit bewiesen werden, daß die Agrarier für die Ansiedelung von Landarbeitern nichts übrig haben. Gegen diesen Vorwurf wenden sich die „Mitteilungen der Zentralstelle der Preussischen Landwirtschaftskammern“ in einem Artikel, den die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ nachdruckt. In diesem Artikel wird vornehmlich auf die „herorragende Mitarbeit“ des Freiherrn v. Wangenheim-M. Spiegel hingewiesen, der angeblich ein großer Freund der inneren Kolonisation sein und noch auf der Tagung des Landesökonomikollegiums auch für andere Provinzen als Vosen und Westpreußen Staatszuschüsse zu bezogenem Zwecke gefordert haben soll.

Wenn das dort Gesagte zutrifft, so scheint Herr v. Wangenheim seine Ansichten über diese Frage merklich rasch geändert zu haben. Noch 1907 auf der Generalversammlung sämtlicher der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern angeschlossenen Vereine stand dieser Oberagrarier auf einem ganz anderen Standpunkt. Er stimmte nämlich mit dem durch seine verachteten agrarischen Gründungen bekannten von Herzberg-Lottin völlig überein, der sich entschieden gegen die von dem Professor Ehrenberg propagierte Ansiedelung von Landarbeitern auf Hausstellen aus sprach und schließlich wörtlich erklärte:

„Mit dem mittleren und kleinen Grundbesitz in Preußen müssen wir tabula rasa machen. Wo kommen wir hin, wenn wir nur Stellenbesitzer schaffen? Dann haben wir in hundert Jahren nur Kleinbesitz (Sehr richtig!) Ein Herr von der Regierung sagte mir vor wenigen Jahren: Der große und mittlere Grundbesitz sind die Grundlagen des preussischen Staates!“

Mit diesen Ausführungen erklärte sich Herr v. Wangenheim damals wie gesagt einverstanden. Wenn also dieser Kronzeuge der „Deutschen Tageszeitung“ heute anderer Meinung ist, dann dürfte das wohl darauf zurückzuführen zu sein, daß er inzwischen entdeckt hat, die innere Kolonisation sei ein probates Mittel, die Landarbeiter in dauernder Abhängigkeit zu erhalten.

In dem erwähnten Artikel wird ferner auf die „vorbildliche“ Tätigkeit der 1908 von 29 Großgrundbesitzern gegründeten Pommerschen Ansiedelungsgesellschaft hingewiesen. Mit offenbarem Bezug auf diese erklärte aber damals Herr v. Wangenheim: Die innere Kolonisation werde nur aus Geldinteresse betrieben. Auf diesem Gebiete treibe man den größten Dummheit usw.

### Die fürstlichen Posten.

Neben den regierenden Fürsten genießt auch noch die fürstliche Familie Thurn und Taxis das Vorrecht der Postfreiheit. Auf dieses veraltete Privileg aus dem 17. Jahrhundert will sie jetzt „verzichten“. Wie das bayerische Verkehrsministerium erklärt, ist dieser Verzicht jedoch an die Gewährung einer Abfindungsumme geknüpft, über deren Höhe der Landtag demnächst zu beschließen hat. Da können ja die Herrschaften, die von einer gerechten Abfindung für die durch die „Finanzreform“ brotlos gewordenen Tabakarbeiter nichts wissen mochten, auch wieder mal in Großmut machen!

### Die „unpolitischen“ Kriegervereine.

Zu unserer Notiz „Kriegervereine und Sozialdemokratie“ wird uns geschrieben: Die Ermahnung der „Parole“ an die Kriegervereinsleiter, die Mitglieder der Kriegervereine bei den Wahlen gegen die Sozial-

demokratie scharf zu machen, ist wohl nicht neu. Jedenfalls ist in diesem Sinne schon seit je von den Kriegervereinsgrößen gehandelt worden. So auch bei der im Oktober vorigen Jahres in Koburg stattgehabten Reichstagswahl. Da vertrat der Vorstand des Koburger Kriegerverbandes, an dessen Spitze ein Amtsgerichtsrat steht, folgendes vom 16. Oktober 1909 datiertes Zirkular an die Kameraden:

„Unsere Satzungen verlangen von jedem unserer Mitglieder deutsch-nationale und monarchische Gesinnung, Vaterlandsliebe, Treue zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland.“

Die Sozialdemokraten arbeiten diesen unseren Bestrebungen direkt entgegen, wie Ihr aus ihren Reden und Flugblättern ersehen könnt.

Am 22. d. M. steht nun Herr Regierungsrat Dr. Quard zur Stichwahl mit dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei.

Es ist patriotische Pflicht eines jeden Kameraden, für diesen Kandidaten der Ordnungspartei einzutreten. Wer nicht wählt, unterstützt unsere Gegner.

Es ersuche daher jeder Kamerad zur Stichwahl am 22. Oktober und gebe seine Stimme unserem Kameraden im Verbandsvorstand, dem auch bekannten Herrn Regierungsrat Dr. Quard.“

Trotz dieses Appells, der den Kriegerbund zu einer Schutztruppe für den nationalliberal-büchlerischen Kandidaten und Regierungsrat stempelte, werden auch jetzt noch im Koburger Landchen Einladungen zum Beitritt in die Kriegervereine versendet, in welchem behauptet wird, daß die Kriegervereine mit der Politik nichts zu tun hätten.

Im übrigen fiel trotz der Wählaufrufung an die Kriegervereine deren „bekanntes Vorstandsmittglied“ am 22. Oktober kläglich durch.

### Das Ende des liberalen Bloßs in Bayern.

Die seit Monaten andauernde Krise im liberalen bayerischen Bloß ist jetzt so weit gediehen, daß der Bloß nicht vor dem Auseinanderfallen steht. Bekanntlich haben die Jungliberalen im vorigen Herbst scharfe Vorstöße gegen die Nationalliberalen, insbesondere gegen den Führer Dr. Casselmann, unternommen, die zu heftigen Kämpfen führten. Die Jungliberalen hatten eine Reihe von Forderungen gestellt, wie z. B. die Aenderung der Bloßorganisation, Einberufung eines liberal-demokratischen Delegiertentages und Schaffung einer Bloßgeschäftsstelle in München, die mit Vertretern aller Richtungen besetzt werden sollte. Diese Forderungen wurden von einer Tagung der nationalliberalen Parteileitung scharf abgelehnt, dagegen wurde die ausdrückliche Zusicherung verlangt, daß an dem bisherigen Organisationsstatut der vereinigten liberalen und demokratischen Parteien festgehalten und Genehmigung für die „jungliberalen Ausschreitungen“ sowie die Zusicherung sachlicher Austragung etwaiger Meinungsverschiedenheiten gegeben werde. Von der Erfüllung dieser Forderungen wurde das Verschleihen der Nationalliberalen im Bloß abhängig gemacht. Mitte Dezember verhandelte der Zentralausschuß der vereinigten Liberalen und Demokraten über die Streitfragen. Da inzwischen Dr. Casselmann von der nationalliberalen Parteileitung zurückgetreten und die Affäre des von der nationalliberalen Partei ausgeschlossenen jungliberalen Abgeordneten Hüblich durch eine Erklärung aus den Debatten ausgeschaltet war, hoffte man die Versöhnung um so leichter herbeizuführen zu können; der sofortige Bruch konnte aber nur durch die Vertagung der Beschlusfassung über die strittigen Fragen abgewendet werden. Nunmehr hat sich der Landesauschuß der nationalliberalen Partei mit der Sache befaßt und ist, wie die liberale Presse meldet, zu dem Beschluß gekommen, darauf zu beharren, daß Garantien für ein zukünftiges gesittetes Verhalten der Jungliberalen gegeben werden, da sonst die Nationalliberalen aus dem Bloß ausgeschieden würden.

### England.

#### Die Kandidaten der Arbeiterpartei.

London, 4. Januar. (Eig. Ber.) Der Vorstand der Arbeiterpartei veröffentlichte die Kandidatenliste, wie sie am 17. Dezember definitiv festgesetzt wurde. Die Arbeiterpartei umfaßt bekanntlich etwa 1,5 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, dann die sozialistische Independent Labour Party und die Fabian Society. Die Liste schließt also die Kandidaten aller dieser Organisationen ein.

Die Zahl der Kandidaten ist 78, wovon auf London und Umgebung nur 8 entfallen. Die Mehrheit der Kandidaten entfällt auf Lancashire und Yorkshire, dann folgen Schottland und Wales.

Von den 78 Wahlkämpfen sind 27 dreieinig, das heißt, in 27 Wahlkreisen werden die Arbeiterkandidaten sowohl Liberale wie Konservative gegen sich haben. In den übrigen 51 Wahlkreisen haben die Arbeiterkandidaten nur gegen Konservative zu kämpfen.

Ueber die Ergebnisse der Wahlen läßt sich nichts voraussagen, da sehr wenig positive Nachrichten über die Ansichten der Massen betreffend Tarifreform vorliegen.

Nächsten Montag wird das Parlament aufgelöst und die Wahlen ausgeschrieben.

Der 15. d. M. ist der erste Wahltag. Unter den Wahlkreisen, wo an diesem Tage gestimmt wird, befinden sich Burnley, wo Hyndman gegen einen Konservativen und einen Liberalen kandidiert, und West-Ham, wo Thorne nur einen konservativen Gegenkandidaten hat.

#### Aus der Wahlbewegung.

London, 5. Januar. Der Erste Lord der Admiralsität Mr. Kennan sagt in einer Erklärung an seine Wähler, die wilden Ueberreibungen bezüglich der Flotte seien bloße Wahlmanöver und entbehren jeder Begründung. So lange er im Amt sei, werde die Admiralsität nicht vor der Pflicht zurücktreten, alle Maßregeln zu ergreifen, die nötig seien, um der Flotte die für den Schutz des Reichs und seines Handels erforderliche Stärke zu bewahren. — Kusten Chamberlain widmete den größten Teil einer Rede, die er in Birmingham hielt, der Widerlegung der Behauptung des Premierministers Asquith, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland größer sei als in England. —

### Italien.

#### Eine Meuterei.

Rom, 6. Januar. Mit Bezug auf die Gerüchte von einem Fall von Meuterei an Bord eines Kriegsschiffes stellt ein Communiqué des Marineministeriums fest, daß es sich nur um eine Verzögerung in der Befolgung eines Befehls an Bord des Transportdampfers „Solta“ handelt, dessen Veranlassung zur Kriegsmarine gehörte, da der Dampfer für den Transport von Material zwischen einzelnen militärischen Stationen bereitgestellt war. Während des Wärens in Neapel wurde der Mannschaft der nachgelagerte Wehnauchurlaub abgelehnt. Darauf ergoßerte sie, dem Befehl zur Fortsetzung der Arbeit nachzukommen. Der Befehl wurde jedoch, als ein Offizier ihn kurze Zeit darauf wiederholte, sofort befolgt. Die strenge Unteruchung des Falles hat ergeben, daß die Verzögerung in der Ausführung des Befehls nicht auf vorüberige Verabredungen unter der Mannschaft zurückzuführen ist, sondern lediglich auf die Unzufriedenheit über die Verweigerung des Urlaubs. Es sind disziplinarische Maßnahmen gegen den Kommandanten, die Offiziere, Unteroffiziere und die Mannschaft des Dampfers getroffen. Sie werden gruppenweise auf Kriegsschiffe verteilt.

# Gewerkschaftliches.

## Ein gefälschter Gerichtsbericht.

Die „Vergarbeiter-Ztg.“ schreibt: Der „Vergknappe“ hat bekanntlich das Stenogramm über den 30 000 Mark-Prozess auf mehr als sechs Seiten des Blattes wiedergegeben. Auf Seite 4 („Vergknappe“ vom 25. Dezember 1909) dritte Spalte heißt es im Gerichtsbericht: **Sachse:** Pokorny ruft mir eben zu, daß Spaniol sich ihm gegenüber gerühmt habe, das Flugblatt verfaßt zu haben. **Spaniol:** Es ist mir noch voriges Jahr mitgeteilt worden, daß Pokorny selbst es geschrieben haben sollte. Diese Äußerungen, die Sache in den Mund gelegt werden, sind eigentlich vom Rechtsanwalt Wallach dem Gericht gegenüber gemacht worden. Doch das ist Nebensache. Das aber, was Spaniol ausgeführt haben soll, als ob Pokorny der Verfasser des 30 000 Mark-Flugblattes sein soll, ist weder von Spaniol noch von irgend jemand anders vor dem Gericht behauptet worden, auch nicht in ähnlichem Sinne. Es ist ein frei erdichtetes Produkt des Stenographen selbst oder vom „Vergknappen“-Redakteur hineingeschrieben worden, um schließlich auch Pokorny in die Affäre hineinzureißen. Aber es kommt noch besser. Auf Seite 5 Spalte 1 sind die Zeugenausagen Pokornys sehr dürftig.

Wir sehen davon ab, daß die Aussagen Pokornys sehr dürftig wiedergegeben sind, wogegen wir aber Einspruch erheben müssen, ist, daß dem Kameraden Pokorny das Gegenteil von dem in den Mund gelegt wird, was er gesagt hat. So heißt es im „Vergknappen“:

**Pokorny:** Das kann ich nicht genau sagen; es genügt aber, daß ich von der Ursache (soll wohl heißen Herstellung) des 30 000-Mark-Flugblattes erst durch Spaniol Kenntnis erhalten habe. Ich war während der Wahlbewegung im Ruhrrevier und bin einige Tage nach der Wahl wieder nach Jwidau gefahren.

Pokorny führte hier weiter aus, daß er dem Flugblatt feinerzeit nicht die Bedeutung zugemessen habe wie seine Freunde in Westfalen, weil er in Sachsen war, als es erschien. Selbstverständlich mußte Pokorny auch vor der Wahl nach Sachsen abgefahren sein, was denn auch mehrere Tage vor der Wahl geschehen ist. Daß er nicht nach, sondern vor der Wahl nach Sachsen gefahren ist und erst später durch die Verbandszeitung von der Verbreitung des 30 000 Mark-Flugblattes Kenntnis erhielt, hat Pokorny unter seinem Eide wahrheitsgemäß ausgesagt! Der „Vergknappe“ mußte aber Pokorny erst nach der Wahl abfahren lassen; wie könnte er sonst ihn „von Spaniol der Verfälschung beschuldigen lassen“. Erst bezichtigte man so quasi Hue als den Verfasser, Sachse als Verbreiter. Da man aber mit dieser Behauptung ins Wasser fiel, sucht man wohl einen anderen Sündenbock, und was lag den Herren am „Vergknappen“ auch näher, als sich Pokorny für diesen wohlwollenden Zweck auszusuchen. Wir danken jedoch dafür, wollen aber sagen, daß ein Stenogramm bezw. Bericht, das solch gräßliche Fälschungen enthält, sich selbst als unbrauchbares Dokument ausweist. Schade um die sechs Seiten Papier, die der „Vergknappe“ mit der Veröffentlichung des Berichts verschwendete.

## Berlin und Umgegend.

### Vom Arbeiterschutz der Blumengeschäftsgestellten.

In den Blumengeschäften, die auf den Vertrieb von Naturblumen und auf Naturblumenbindereien eingerichtet sind, dürften zurzeit etwa 10 000 bis 12 000 Personen in Lohnarbeit stehen, davon wohl 80 Proz. weibliches Personal. Genauere Daten sind aus der reichsamtlichen Gewerbestatistik nicht erhältlich, weil ein Teil dieses Personals in der handelsgewerblichen Untergruppe „Handel mit Blumen und Samen“, der andere Teil aber in der Gruppe „Kunst- und Handelsgärtner“, einschließend der damit verbundenen Blumen- und Kranzbinderei, Baum- und Gärtnerschulen“ gezählt worden ist. Das Personal dieser Blumengeschäfte wird in der Hauptsache mit der Herstellung von Bindereiarbeiten und nur ausnahmsweise auch beim Verkauf beschäftigt. Es untersteht aber dennoch auch den Arbeiterschutzbestimmungen des Handelsgewerbes, da alle Bindereiarbeiten für die unmittelbare Verwendung, den Verkauf im Laden, angefertigt werden. Sträuße, Kränze und andere Arrangements von lebenden Blumen können im allgemeinen nicht längere Zeit im Voraus auf Vorrat gearbeitet werden. In der Regel werden die Sachen auf Bestellung angefertigt, und diese Bestellung steht in Abhängigkeit von Familien- und anderen Festlichkeiten, wodurch wiederum zu Zeiten die Arbeiten sich häufen und die Angestellten dann weit über das Maß des Erlaubten hinaus beschäftigt werden. Die Gesetzesbestimmungen über die tägliche Mindestruhezeit, über die Mittagspause und über die Sonntagsruhe werden im allgemeinen so gut wie gar nicht beachtet, nicht einmal die Bestimmung, die das Arbeiten während des sonn- und feiertäglichen Hauptgottesdienstes verbietet; in den Blumengeschäften ist es eine alte Gewohnheit, die zwei Stunden „durchzuarbeiten“. Ferner mangelt es vollständig an der Gewerbeaufsicht, und demzufolge sind Arbeits- und Schlafräume vorhanden, die oft aller hygienischen Rücksichten entbehren. Wie die Gewerbeinspektoren, so kümmern sich auch die Polizeibehörden nicht darum, ob in den Blumengeschäften die Arbeiterschutzbestimmungen beachtet werden. Das wurde zum erstenmal allgemein bekannt, als vor vier Jahren die Gärtnervereinigung eine Sektion für die Blumengeschäftsgestellten gründete und in Berlin in bezug auf den Arbeiterschutz Nachforschungen anstellte. Da wußten weder die Angestellten noch die Betriebsinhaber etwas davon, und sie waren aufs höchste verwundert, als die Gärtnervereinigung sie darauf verwies. Aber auch im Polizeipräsidium war man so wenig unterrichtet, daß man anfangs unsicher war, ob die Angestellten den Bestimmungen über das Gewerbe oder denen über das Handelsgewerbe unterstehen. Erst seit dem vierjährigen Wirken der Berliner Sektion der Blumengeschäftsgestellten sind einige Verbesserungen eingetreten. Doch sind auch hier noch sehr große Mängel vorhanden. Die Beteiligung an den Organisationsbestrebungen ist eine viel zu schwache; wenn nicht die Gärtnervereinigung die Überwachung in die Hand genommen hätte, dann stände es auch in den Berliner Blumengeschäften noch auf dem alten Fleck.

Außerhalb Groß-Berlins ist unter den Blumengeschäftsgestellten von Organisationsbestrebungen überhaupt noch nichts bemerkbar. Und doch wäre das auch hinsichtlich der Lohnverhältnisse sehr notwendig, denn diese stehen für weibliche Angestellte etwa mit den Löhnen der Verkäuferinnen im Handelsgewerbe auf gleicher Stufe; dazu kommt häufig noch der Kost- und Logiszwang. Das Personal der Blumengeschäfte ist, wie schon erwähnt, zu etwa 80 Prozent weiblich; es rekrutiert sich zu einem Teile zwar aus Töchtern des bürgerlichen Mittelstandes, zum größten Teile aber aus den Arbeiterfamilien. Es ist sogar anzunehmen, daß die Väter sehr vieler, d. h. einiger 1000 von Blumenbindereiarbeiten gewerkschaftlich und politisch organisiert sind. Warum unterlassen sie es daher, auch ihre Töchter der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen? Womit können sie es verantworten, daß sie ihre Töchter den Mängeln ihres Berufes schutzlos und wehrlos preisgeben? Abseits der freigewerkschaftlichen Organisation ist bis heute noch von keiner Stelle ein Versuch gemacht worden, die Blumengeschäftsgestellten organisatorisch zusammenzuführen. Um so leichter müßte es darum sein, die im „Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein“ (Stg. Berlin, Meyer, Str. 3) eingerichtete Sektion der Blumengeschäftsgestellten zu stärken. Wächst jetzt vor allem einmal die Gewerkschafts- und Veranin. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil veranin.:

Parteilosen, deren Töchter Blumenbindereien sind, sich ihrer Pflicht bewußt werden und ihre in den Blumengeschäften tätigen Töchter dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein zuführen.

## Die Tarifverhandlungen der Maler.

Die Sitzung am Donnerstag brachte eine lange Debatte über eine Meinungsverschiedenheit, die zwar eine nebensächliche Angelegenheit betraf, an der aber die Fortsetzung der Verhandlungen zu scheitern drohte. — Nach Abschluß der im November stattgehabten Beratungen des Reichstags haben sich die Parteien dahin geeinigt, daß der alte Tarif bis zum 15. Januar verlängert wird, weil es den Arbeiterorganisationen nicht möglich war, eine endgültige Beschlußfassung ihrer Mitglieder über das Ergebnis der Tarifberatungen so zeitig herbeizuführen, daß die weiteren Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit und die Beschlußfassung hierüber noch bis zum ursprünglichen Ablaufstermin des alten Vertrages, dem 1. Januar, hätte erfolgen können. Inzwischen ist bekanntlich der im November zustande gekommene Reichstagsvertrag angenommen worden und die gegenwärtigen Verhandlungen gelten der Festsetzung der Löhne und Arbeitszeit in den verschiedenen Orten.

Nach Eröffnung der Sitzung fragte der Vorsitzende, Herr v. Schulz, die Parteien, ob sie Vorkerkungen getroffen hätten, um eine endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Tarifvertrages bis zum 15. Januar zu treffen.

Die Arbeitgeber bejahten diese Frage. — Die Arbeitervertreter erklärten, sie würden nach Abschluß der gegenwärtigen Verhandlungen wenigstens 8 bis 14 Tage Zeit brauchen, um einen endgültigen Beschluß herbeizuführen, so daß der h. gesezte Termin nicht innegehalten werden könne. — Diese Angabe bezeichnete der Arbeitgebervertreter Kruse als die Absicht der Verschleppung. Die Arbeitnehmer, sagte er, wollten die Entscheidung hinausschieben bis zum Eintritt der günstigen Konjunktur im Frühjahr. Die Arbeitgeber würden den alten Tarif nicht über den 15. Januar hinaus verlängern. Sollte der neue Vertrag bis dahin nicht zustande kommen, dann trete eine tariflose Zeit ein. — Nun folgte eine lange Auseinandersetzung. Die Arbeitgeber versuchten nachzuweisen, daß die Arbeiter nur die Verschleppung beabsichtigten. — Gegen diese Unterstellung verteidigten sich die Arbeitervertreter mit aller Entschiedenheit. Sie betonten, daß sie keine Verschleppungspolitik befolgten, sondern daß sie nach Lage der Sache einen endgültigen Beschluß bis zum 15. Januar nicht herbeiführen könnten. Der Verband müsse zunächst in allen Zahlstellen Mitgliederversammlungen veranstalten. Wenn diese nur eine schwache Mehrheit für den Tarif ergeben, dann sei der Vorstand durch Beschluß des letzten Verbandstages verpflichtet, eine außerordentliche Generalversammlung zwecks endgültiger Beschlußfassung einzuberufen. Das alles lasse sich nicht in so kurzer Zeit erledigen. Von dem Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungen würde es abhängen, ob die Mitgliederabstimmung so ausfällt, daß die Einberufung einer Generalversammlung notwendig sei oder nicht. Uebrigens werde ja die endgültige Beschlußfassung dadurch komplizierter und zeitraubender, daß die Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit auf Verlangen der Arbeitgeber general geführt werden, während man ursprünglich angenommen habe, sie würden zwischen den Parteien in den einzelnen Orten geregelt werden.

Die Unparteiischen gaben ihrer Ansicht dahin Ausdruck: Eine tariflose Zeit müsse vermieden werden. Sollte sie sich nicht vermeiden lassen, so habe es keinen Zweck, hier weiter zu verhandeln, denn in einer tariflosen Zeit könnten Aussperrungen und Streiks ins Werk gesetzt werden und dann würden ja die hier gefällten Schiedssprüche völlig in der Luft schweben. Es müsse entweder ein Inkrafttreten des neuen Vertrages an dem vereinbarten Termin, dem 15. Januar, ermöglicht werden, oder die Parteien müßten sich auf einen späteren Termin einigen und den alten Vertrag bis dahin verlängern.

Nach einer Sonderberatung der Arbeiter erklärten diese, es sei ihnen beim besten Willen nicht möglich, die Entscheidung ihrer Mitglieder bis zum 15. Januar herbeizuführen; sie ersuchen deshalb, den Termin bis zum 24. Januar hinauszuschieben. — Hierauf zogen sich auch die Arbeitgeber zu einer Sonderberatung zurück. Nach ihrem Wiedererscheinen verkündete ihr Vertreter Stolz folgenden Beschluß: Wir können einer Verlängerung des alten Tarifs über den 15. Januar hinaus nicht zustimmen. Wenn die Annahme des gesamten Tarifs seitens der Parteien nicht bis zum 15. Januar erfolgt, so erklärt der Hauptvorstand, an den Reichstagsvertrag nicht mehr gebunden zu sein und alle Zugeständnisse, die auf Grund des Reichstags-tarifs gemacht worden sind, gelten als zurückgezogen.

Nach einer Beratung der Unparteiischen gab Herr v. Schulz deren Auffassung kund. Sie geht dahin: Nach den protokolllarischen Abmachungen haben die Parteien bis zum 15. Januar eine endgültige Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung des Vertrages herbeizuführen. Hierdurch sind also die Arbeitnehmer vertraglich verpflichtet, bis zum 15. Januar ihren endgültigen Beschluß zu fassen, um so mehr, als neue Gesichtspunkte für die Hinausschiebung des Termins nicht vorgebracht wurden. Angesichts der bestimmten Erklärung der Arbeitgeber, in eine weitere Hinausschiebung nicht zu willigen, legen die Unparteiischen den Arbeitnehmern dringend nahe, zu erklären, daß sie bis zum 15. Januar ihre endgültige Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Tarifs abgeben werden.

Nach einer nochmaligen Sonderberatung der Arbeitnehmer erklärte Tobler namens der drei Arbeiterorganisationen: Wir sind bereit, bis zum 15. Januar eine endgültige Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Tarifvertrages abzugeben. Zu dieser Erklärung sind wir genötigt, um einem gedeihlichen Fortgang der Tarifberatung die Wege zu ebnen.

### In der

### Nachmittags-Sitzung

wurden die Verhandlungen über den Tarif selbst wieder aufgenommen. Auf Anregung der Unparteiischen sollte der Versuch gemacht werden, für den einen oder anderen Ort eine Verständigung über Lohn und Arbeitszeit ohne Schiedsspruch zustande zu bringen. Dieser Versuch erwies sich aber als nicht ausföhrbar, weil die Arbeitgeber keine Vorschläge machten und ihr Vertreter Kruse wieder betonte, daß an der Arbeitszeit in keinem Orte etwas geändert werden solle. — Hierauf bezeichneten es die Unparteiischen als die ihnen gestellte Aufgabe, die Löhne und Arbeitszeiten generell zu regeln, gleich das zu manchen Unzuträglichkeiten führen werde. — Nun wurde seitens der Unparteiischen die Frage aufgeworfen: Wenn die Löhne und Arbeitszeiten für alle Orte des Reiches durch Tarif generell festgelegt sind, ist es dann zulässig, daß Lohn und Arbeitszeit für einen einzelnen Ort dadurch geändert werden, daß der betreffende Ort einem benachbarten Lohngebiete angegliedert wird mit der Wirkung, daß für diesen Ort alle Bedingungen des Lohngebietes Geltung haben und welche Instanz soll für solche Fälle zuständig sein. — Die Parteien verständigten sich dahin, daß auf

Antrag der beiderseitigen Organisationen das Sautarifamt für die Abgrenzung der Lohngebiete zuständig und gegen dessen Beschlässe Berufung an das Haupttarifamt zulässig ist. — Die weiteren Erörterungen bezogen sich auf die Verhältnisse in den Orten, die Anspruch erheben auf Lohnhöhung als Ausgleich für gewisse Verschlechterungen, die ihnen der Reichstagsvertrag gebracht hat.

Die Meinungen der Parteien über diese Angelegenheit gingen weit auseinander. — Hierauf begründeten die Vertreter der Arbeiter die von einer Reihe von Städten gestellten Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit. — Die Arbeitgeber verhielten sich diesen Darlegungen gegenüber völlig passiv. Getreu ihrem Grundsatz: an Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht zu denken, nahmen sie die eingehenden sachlichen Begründungen der Arbeiter mit demonstrativem Stillschweigen entgegen. Am Schluß der Sitzung erklärte Herr Kruse namens des Vorstandes der Arbeitgeber: Die Arbeitszeit im Malergewerbe betrage durchschnittlich 8 bis 8 1/2 Stunden täglich. Die Ausführungen der Arbeitervertreter hätten die Arbeitgeber nicht überzeugt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei, umso mehr, da der durch dieselbe verursachte Lohnausfall durch eine Lohnhöhung weit gemacht werden könne. Unter solchen Umständen würden die Arbeitgeber gezwungen sein, mehr ungelernete Hilfsarbeiter zu niedrigeren Löhnen einzustellen.

Am Freitag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Deutsches Reich.

### Wächung, Korbmacher!

Die Firma J. M. B. Heilmann, Hamburg, Antonstr. 19, hat, wie wir erfahren haben, in den letzten Tagen des Dezember während mehrerer Tage im „Vorwärts“ annonciert, daß sie Korbmacher suche und besonders darauf hingewiesen, daß die Tarife mit dem Holzarbeiterverband vereinbart seien. Nun trifft letzteres ja zu, jedoch möchten wir die Kollegen darauf aufmerksam machen, daß wir bei der Firma Heilmann alle Augenblicke Differenzen haben, auch während des letzten Jahres einen neunwöchentlichen Streik durchkämpfen mußten, trotzdem aber keine Ruhe hatten, da bei jeder sich bietenden Gelegenheit, speziell bei neuen Sorten und Geschloßkörben, versucht wurde, Abzüge zu machen. Wir waren selber nicht immer in der Lage, dieselben ganz zurückzuweisen, da die Konjunktur für uns keine günstige war und wir bei Anwendung von Nachmitteln wohl auch nicht mehr erreicht hätten.

Die Vermutung liegt nun nahe, daß versucht werden soll, möglichst viel Korbmacher nach Hamburg zu ziehen, um unterstützt durch ein Ueberangebot von Arbeitskräften, einen Schlag gegen uns zu führen.

Hier in Hamburg ist das Umschauen für Korbmacher verboten und erfolgt die Arbeitsvermittlung nur durch unseren Arbeitsnachweis, Eimsbütteler Straße 12. Den hatten wir aber für die Firma gesperrt, weil wieder einmal Differenzen vorlagen; daher die Annonce im „Vorwärts“.

Wir raten nun allen Kollegen, ehe sie blindlings hierher fahren, um vielleicht schon nach ein paar Wochen wieder auf Straßenpflaster zu liegen und das Heer der Arbeitslosen zu vermehren, in ihrem eigenen Interesse dringend, sich zuvor bei der hiesigen Verwaltungsstelle zu erkundigen, um nicht, um eine Erfassung und Enttäuschung reicher, den Staub Hamburgs wieder von den Pantoffeln schütteln zu müssen.

Die Sektionsleitung Hamburg.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe zieht weitere Kreise. Der zwischen dem Verbands des Baugewerbes für München und dem Zentralverband der Glaser, Zahlstelle München, im August 1908 abgeschlossene Tarifvertrag, der bis 31. März 1910 Gültigkeit hat, ist von den Unternehmern gekündigt worden.

## Ausland.

### Schiedsgerichtsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten.

Die sieben Schlichtungsbeamten Schwedens, denen die Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten obliegt, hielten gegen Ende des verfloffenen Jahres eine Konferenz ab, von der das Protokoll jetzt veröffentlicht worden ist. Sie haben sich auf Grund ihrer Erfahrungen über verschiedene Fragen ihres Tätigkeitsgebietes ausgesprochen und unter anderem die Errichtung eines permanenten Schiedsgerichts für äußerst wünschenswert erklärt, das in Rechtsstreitigkeiten, also hauptsächlich in solchen, wo es sich um Auslegung oder Anwendung bestehender Tarifverträge handelt, obligatorisch entscheiden soll. In anderen Arbeitsstreitigkeiten, die zu Streik, Aussperrung, Lockout oder Sperre führen können, soll nach dem Wunsch der Schlichtungsbeamten die Anwendung dieser Kampfmittel verboten sein, solange nicht eine unparteiische sachverständige Institution ihr Urteil über die betreffende Streitfrage abgegeben und den Parteien zur Begutachtung vorgelegt hat.

Dieselben Gedanken hatten die in dem großen Massenstreik vorigen Jahres tätigen Schlichtungsbeamten schon in ihren Vorschlägen zu einer allgemeinen Verhandlungsordnung zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten ausgesprochen, und bereits vordem, im September 1907, erklärte eine Konferenz der Schlichtungsbeamten sich für die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichts, das als ein weiterer Ausbau der durch die Anstellung der Schlichtungsbeamten geschaffenen Institution zu betrachten wäre. Jedemfalls wird sich der schwedische Reichstag demnächst mit dieser Frage zu befassen haben. Selbstverständlich werden die Arbeiterkassen und ihre Vertreter genau erwägen, ob der zu erwartende Geschäftswert für sie annehmbar sein wird oder nicht.

## Aus der geheimen Vorgeschichte des russisch-japanischen Krieges.

Paris, 6. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die „Monde illustrée“ und der „Matin“ bringen morgen bedeutsame Dokumente zur geheimen Vorgeschichte des russisch-japanischen Krieges, die ihnen von Burheff geliefert wurden. Es geht daraus hervor, daß die vom Zaren begünstigte Kamarilla, die Alexiejew, Desobrusoff und andere Vertrauensmänner des Hofes bildeten, eine Politik auf eigene Faust trieben, ohne Wissen der Minister und Botschafter. Besonders wichtig ist eine Depesche des Zaren an Alexiejew vom 26. Januar, die wenige Tage nach der Versicherung des Zaren erging, daß er unter keinen Umständen Krieg wolle. Diese Depesche lautet:

Es wäre wünschenswert, daß Japan die Offensive ergreife. Wenn die japanische Flotte, mit oder ohne Truppen an Bord, an der Westküste Koreas den 38. Parallellkreis nach Norden überschreitet, haben Sie die Erlaubnis, ohne das japanische Feuer abzumachen, sofort anzugreifen.

Stadtverordneten-Verammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Januar 1910, nachmittags 5 Uhr.

In der heutigen ersten Sitzung des Kalenderjahres hat sich die Verammlung neu konstituiert. Zuvor erfolgt die Einführung der im November v. J. wieder bezw. neu gewählten Mitglieder.

Der Vorsteher Michelt eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und entbietet der Verammlung einen Neujahrsgruß. Darauf veranlaßt er zunächst den Eintritt der Neu- oder Wiedergewählten, die vom Oberbürgermeister Kirchner mit einer Ansprache begrüßt und sodann auf die Stadtordnung verpflichtet werden. Von insgesamt 49 Eingeführten sind 41 wiedergewählt, darunter die sozialdemokratischen Stadtv. Borgmann, Bruns, Dupont, Ewald, Ritter, Schneider, Singer, Stadthagen. 8 sind neue Mitglieder der Verammlung, darunter die sozialdemokratischen Stadtv. Grottel, Ziegenhagen, Wörner, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, Restaurateur Kerstin, Maurer Rehle, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, Zeitungsredakteur Rucht. Zu den Neugewählten gehören ferner der Ratensprechermeister Wäsel und der Köpfermeister Hildebrand. Unter den wiedergewählten bürgerlichen Stadtv. befinden sich u. a. die Sozial-Fortschrittler Warggraf, Dr. Nathan, Dr. Preuß, Dr. Friedemann.

In seiner Ansprache vertreibt der Oberbürgermeister auf die bedeutungsvollen Aufgaben, die für das Gemeinwesen in den nächsten sechs Jahren zu lösen sein werden, vor allem auf die Organisation von Groß-Berlin, ohne deren Schaffung die geistliche Entwicklung der Verammlung auf allen Gebieten äußerst erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde (Zustimmung), ohne welche nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Gemeinwesen leide, sondern auch die Selbstverwaltung bedroht sei. Nachdem die Regierung den früher von ihr selbst gewiesenen Weg für ungangbar erklärt habe, dürfe man von ihr erwarten, daß sie einen gangbaren Weg zeige, um ein geistliches Ziel zu erreichen. Ebenso bedeutungsvoll sei die Aufgabe der dauernden Regelung der Verkehrsverhältnisse, die hoffentlich in einer Weise erfolgen werde, daß die Stadtgemeinde den Einfluß auf die Verkehrsverhältnisse neu erwerbe, ohne den eine Zielbewußte Verwaltung unmöglich sei. (Erneute Zustimmung.) Daneben gehe die Arbeit an der Ausgestaltung des Volkshochschulwesens und des Schulwesens im allgemeinen, an der Entwicklung der Krankenpflege, an der Förderung aller Hilfsbedürftigen; auch die weitere Entwicklung der Erwerbsverhältnisse, die immer zahlreicher und wichtiger herantretenden Aufgaben auf sozialem Gebiete und nicht zuletzt die Ausgestaltung des Städtebildes stelle die Stadt vor neue bedeutsame Probleme. Mögen sie gelöst werden im Geiste der Städteordnung, der nicht auf das Trennende, auf Konfession, Partei, Stand und Beruf blide, sondern auf das Verbindende, der den Blick über den Bezirk hinweg auf das Ganze, über die Gegenwart hinweg auch in die Zukunft richte. (Beifall.)

Die Eingeführten werden hierauf auch vom Vorsteher Michelt warm begrüßt und nehmen sodann ihre Plätze ein. Hierauf schreitet die Verammlung zur

Wahl des Vorstehers.

Den Vorsitz übernimmt der bisherige Stellvertreter Cassel. Stadtv. Brade (R. L.) spricht als Alterspräsident im Namen der Verammlung dem bisherigen Bureau, den Vorstehern Michelt und Cassel und den Beisitzern Geride, Fried und Liebenow für die umsichtige und gewissenhafte Führung der Geschäfte den besten Dank aus und kündigt den Wunsch an, daß die Genannten noch recht oft wiedergewählt werden mögen. Auf seine Aufforderung erhebt sich die Verammlung zum Zeichen der Anerkennung von den Plätzen.

Der Vorsteher-Stellvertreter spricht der Verammlung namens des Bureau den Dank für diese Anerkennung aus.

Ein Vorschlag, die Wahl durch Jurauf vorzunehmen, wird nicht gemacht, die Wahl erfolgt also durch Namensaufruf und Abgabe von Stimmzetteln.

Der bisherige Vorsteher Michelt wird mit 125 gültigen Stimmen einstimmig wiedergewählt. (9 Zettel sind unbeschrieben.) Er nimmt die Wahl mit Dankesworten und mit dem Versprechen

Kleines feuilleton.

„Lucas oder Leonardo?“ Unter Londoner Korrespondent schreibt uns: Dr. Coofsey, der meinen im „Vorwärts“-Feuilleton unter obigem Titel abgedruckten Bericht über das Interview mit ihm und mit Lucas in einer englischen Uebersetzung gelesen hat, schreibt mir aus Southampton, er sei mit der Wiedergabe des Interviews zufrieden, nur seien einige kleine Unrichtigkeiten unterlaufen, die berichtigt werden müßten: „Murray Parks kaufte die Wüste nicht für einige Mark, sondern für 150 Pfund Sterling (3000 M.) von Sprinto.“ — Ja (Coofsey) habe den Begleiter Dr. Vosses nicht von der Tür des Hauses von Lucas zum zurückgestoßen. Der genannte Begleiter lebte sich an die Tür, die ich nicht ohne Kraftanwendung zu öffnen konnte, bis er ging. — Beim zweiten Besuche in Southampton war der Begleiter nicht mehr mit; seine Stelle schien von „W. Reynolds“ eingenommen zu sein. — Whitburn war wohl mir (Coofsey) unbekannt, aber nicht der Lucasfamilie. — Die Wüste wurde in London repariert, nachdem sie letzten Sommer in Southampton verlassen hatte.

Wenn das Kaiser-Friedrich-Museum deutsch versteht, wird es ja wohl aus dieser Korrespondenz entnehmen können, daß Coofsey von seinen Bemerkungen über den fragwürdigen Herrn, mit dem das Museum sich noch wie vor in engster Verbindung hält (wie es der „Voss. Zig.“ schrieb) nichts zurückgenommen hat. Es wird Zeit, daß Herr Vode seinen Gewährsmann, der von einem unbescholtenen englischen Bürger für einen Schwindler und Hochstapler erklärt wird, in anderer Weise rechtfertige oder sich rechtfertigen lasse als durch ein unverbindliches Vertrauensvotum. Herr Vode möge sich auch nicht länger hinter dem billigen Vorwand verstecken, daß der „Vorwärts“ den oder die Namen des Herrn X nicht genannt hat. Wir lassen uns durch Herrn Vode keine Vorschriften machen.

Für heute wollen wir dem Kaiser-Friedrich-Museum einige Fragen vorlegen, deren Beantwortung ihm die nächsten auf seinen Gewährsmann, Dolmetscher oder Einläufer, hoffentlich nicht verbieten. 1. Ist dem Kaiser-Friedrich-Museum bekannt, daß die genannte Lokalpresse von Southampton, als Herr Voss mit Herrn X dahin kam, gleichlautend meldete, daß der deutsche Vorkäufer mit Dr. Voss in Southampton eingetroffen sei? 2. Will das Kaiser-Friedrich-Museum darüber Auskunft geben, wieviel und wofür in Southampton Geld ausgegeben wurde?

Das fittliche Mänchen. Der Welt, die nach hergebrachtem Brauch auf den Mänchener Faldingsgebirgen und Val Paros zu Liebeln und zu schädeln pflegt, hat die auf höheren Pentramswind fittlich scharf gemachte Polizei ein biblisches Neujahrsgeheimnis gemacht. Sie hat nämlich eine im greulichsten Polizeideutsch verfaßte Verfügung erlassen, wonach bei Neudatun die gefährlichen Orte, in denen sich Wacchs und Wems bisher zu umarmen pflegten, nämlich die Séparéens, kleinlein Weinlons und ähnliche abgeschlossene Räume in Zukunft dem Späherauge der öffentlichen Sittlichkeit ungeschändet zugänglich zu machen sind. Sie dürfen keine Vorhänge mehr haben, müssen hell beleuchtet sein, die linke Seite des Eingangs muß sich mit der Rechte des Adels decken; die Mäd-

an: wie bisher bestrebt sein zu wollen, die Geschäfte unparteiisch und gewissenhaft zu leiten. (Beifall.) Es folgt die

Wahl des Vorsteher-Stellvertreters.

Stadtv. Borgmann (Soz.) schlägt für diesen Posten den Kollegen Singer, Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.) dagegen den bisherigen Stellvertreter (Cassel) vor.

Auf Cassel fallen 80, auf Singer 46 Stimmen; Cassel ist wiedergewählt und nimmt die Wahl dankend an. Hierauf wird die

Wahl von drei Beisitzern

vorgenommen. Die Wahl erfolgt in einem Wahlgange. Stadtv. Singer schlägt als einen der Beisitzer den Kollegen Borgmann vor.

Gewählt werden Geride (Fr. Fr.), Fried (R. L.) und Liebenow (R. L.) mit 87, 80, 80 Stimmen; Borgmann erhält 48 Stimmen.

Zu Beisitzer-Stellvertretern werden die bisherigen Inhaber dieser Posten, die Stadtv. Brade (R. L.), Alt (R. L.), Albert Schulze (R. L.) wiedergewählt; der von Singer vorgeschlagene Stadtv. Borgmann bleibt in der Minorität.

Der Vorstand ist hiermit konstituiert. Der Vorsteher bringt ein Dankschreiben des Kaisers als Antwort auf die Neujahrsgratulation der Verammlung zur Verlesung und bringt im Anschluß daran ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus. Die sozialdemokratischen Mitglieder bleiben sitzen und stimmen in das Hoch nicht ein.

Das Andenken des in diesen Tagen verstorbenen früheren Mitgliedes Drechslermeister Törmer wird in üblicher Weise geehrt.

Die in Sachen der Ansetzung des Mandats des ausgeschiedenen Stadtv. Dr. Rugdan ergangenen verwaltungsgerichtlichen Erkenntnisse sollen gedruckt werden.

Die Verlesung der Mitglieder in die fünf Abteilungen wird dem Bureau übertragen.

Die ordentlichen Sitzungen der Verammlung finden auch im Jahre 1910 an den Donnerstagen von 5 Uhr ab statt.

Die Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse, der Abordnung der Mitglieder in die Deputationen und Kuratorien und der Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder behufs der Ausführung von Recherchen wird einem besonderen Ausschusse von 15 Mitgliedern übertragen.

Die „Heilsarmee“

beabsichtigt in Berlin ein Männerheim für Gesunkene, Arbeits- und Obdachlose zu errichten und hat sich um Zuweisung eines Grundstücks oder um Gewährung einer finanziellen Beihilfe an den Oberpräsidenten gewandt. Dieser hat die Eingabe an den Magistrat zur Prüfung weitergegeben: ob nicht Berlin ebenso wie Hamburg und andere Großstädte sich zu einer Unterstützung des Unternehmens bereit finden lassen möchte. „Auf Grund der von diesen Kommunen eingezogenen günstigen Ankünfte“ beantragt der Magistrat, dem Hauptquartier der Heilsarmee zu Berlin zunächst für 1910 eine Beihilfe von 3000 Mark zur Begründung eines derartigen Heims zu gewähren.

Stadtv. Kelle (R. L.) beantragt Ausschuhberatung. Es handle sich nicht um die 3000 M., sondern um die Konsequenzen aus einer Zuwendung an die Heilsarmee. Man wüßte noch nähere Aufklärung, vor allem über die Organisation der Heilsarmee.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Ein kurioses Weihnachtspräsen hat uns der Magistrat da unter den Weihnachtsbaum gelegt, allerdings nicht vom Magistrat ausgeliebt, sondern vom Großpapa Oberpräsident. (Heiterkeit.) Was wird bei der Zuwendung herauskommen? Es wird vielleicht auf nichts anderes herauskommen als auf Soden ohne Zucker, die man höchstens als Fußwärmer verwenden kann. (Heiterkeit.) Es handelt sich nicht um die 3000 M., sondern um Unterstützung einer Gesellschaft wie die Heilsarmee, es handelt sich darum, welches Relief wir dieser Gesellschaft durch eine städtische Subvention geben. Der Magistrat, besonders der Kammerer hat wohl das Präsen mit gemischten Gefühlen und vorgelegt, mir scheint, es ist nicht weiter als eine Verbeugung vor dem Oberpräsidenten. (Heiterkeit.) Wenn auf andere Städte und ihre guten Erfahrungen exemplifiziert wird, so stimmt das nicht ganz überein mit dem, was aus den betr. Gründungen berichtet worden ist. Alle jene Städte, London einbezogen, haben weder städtische Äpfel noch Äpfel wie unser Vereinsasyl. Da dort keine städtischen Obdache

vorhanden sind, mag es ja eine Gewissensberuhigung sein, daß man sich durch eine Gabe an die Heilsarmee der sozialen Verpflichtung entledigt. Wir haben ein städtisches Obdach; es mag Fehler haben, aber es kann ausgebaut werden. Wir haben ein Vereinsasyl, für das sich Männer aller Stände interessieren. Aus Mainz wird uns das Gegenteil von dem berichtet, was in der Vorlage steht. Da wird direkt davor gewarnt, sich bezüglich der Obdachlosenversorgung mit der Heilsarmee einzulassen! Die dortige Heilsarmee läßt sich die Quote von der Stadt zahlen, spannt dann aber die Leute von morgens bis abends ins Arbeitsjoch (Hört! Hört!) und gibt ihnen höchstens 50-100 Pfennig Lohn! Das ist nackte Ausbeutung der Armen! Die Behandlung unterscheidet sich nicht von der im Zuchthaus; Offiziere und Beamte schmecken die Leute an, als ob sie Verbrecher wären. Die Sendungen mitleidiger Menschen an Schuhen, Kleidern usw. werden einfach an den Althändler verkauft, wie ja überhaupt die ganze Einrichtung auf Geldmachen hinausläuft. Das Geld aber wandert nach London in die Kasse des „Generals“, der keine Rechenschaft schuldig ist! (Zuruf: „Woher stammen die Berichte?“) Aus dem Mainzer sozialdemokratischen Blatt (Rufe: „Aha!“) und aus den übrigen Mainzer Blättern. — Ich werde Ihnen übrigens auch noch andere Beweise bringen, ich habe sämtliche Organisations- und Agitationsblätter der Heilsarmee hier. (Große Heiterkeit.)

Wir brauchen dringend ein Obdach für Groß-Berlin, wir brauchen den Umbau unseres Heims in der Prätorgasse. Glaubt der Magistrat, es ist ein größeres Opfer notwendig, so muß die Kommune eintreten.

Die 3000 M. aber geben Sie lieber dem Oberinspektor im Obdach; der wird dadurch in die Lage kommen, viele Kränke zu trocknen und manchen auf die Beine zu helfen; geben Sie sie eventuell dem Vereinsasyl oder dem Komitee für Jugendliche.

Unbedingt muß es uns zur Heiterkeit stimmen, wenn der Magistrat sagt, es sei die Zusage gegeben, daß bei der Aufnahme in das projektierte Berliner Heim Unterschiede des Religionsbekenntnisses nicht gemacht werden und daß eine Agitation für Zwecke der Heilsarmee ausgeschlossen ist. Lebt denn der Magistrat auf dem Mond? (Stürmische Heiterkeit.) Kennt er die Heilsarmee so wenig, daß er solche Behauptungen und Versicherungen im Ernst glauben, sie als wahr hinnehmen kann? Die Ziele der Heilsarmee gehen ja ganz auf in religiösem Altruismus; einer solchen Gesellschaft zugunsten, daß sie keine religiöse Agitation treibe — da will ich Ihnen ein Lied aus ihrem Wiederbuch zum Besten geben. (Zahlreiche Zurufe: „Singen!“ und große Heiterkeit.) Das würde ja vielleicht noch wirkungsvoller sein, aber ich habe als gewissenhafter Sozialdemokrat meine Stimme bei der letzten Wahl ab gegeben. (Stürmische Heiterkeit.) Das Lied beginnt:

„Wir ziehen hin nach Kanaan,  
Was zieh'n wir da für Kleider an?  
Ja, ja! (Heiterkeit.)  
Weiße Kleider, goldne Schuhe,  
Ja, ja, ja! (Erneute Heiterkeit.)“

Auf alle Melodien werden diese Lieder gesungen, von „Heil Die im Siegerkranz“ bis: „Wir woll'n nach Pantow gehn“. (Stürmische Heiterkeit.) Wer diese Gesellschaft jemals näher beobachtet und betrachtet hat, wird zugeben müssen, daß es unmöglich ist, daß die Stadt Berlin zu ihr jemals in nähere Beziehungen tritt. Pflege des religiösen Fanatismus, Erziehung zum religiösen Wahnsinn in Reinkultur — dazu darf Berlin auch nicht 5 Pf. beitragen, weil es damit der Gesellschaft ein besonderes Ansehen gäbe. Schon heute rüdt jeder Gebildete mit Scham von der Heilsarmee ab. In erster Linie möchte ich bitten, daß der Oberbürgermeister oder der Kammerer sich einmal in diese Vorträge hineinbegäbe, vielleicht auf der Vuhbank Platz nimmt. (Große Heiterkeit.)

Ein Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über die Verhandlungen des Trade-Unions-Kongresses von 1907 ergibt, daß das Parlamentsmitglied O'Grady nachwies, daß bei der Heilsarmee das Trud- und Schwitzsystem im Schwange ist. Die Tischlerarbeiten aus den Werkstätten der Heilsarmee würden zu Hundepreisen vertrieben, die Löhne betrügen in manchen Fällen nur 1/2 der Londoner Löhne für Tischlergesellen. Auch in London wird — nach derselben Quelle — aus der Wohltätigkeit ein Geschäft gemacht, indem man den Arbeitern noch Abzüge für Kleidung, Stiefel usw. macht, obwohl diese vielfach Gaben von mitleidigen Spendern sind! Nicht nur die Arbeiter, sondern auch besonders

geben, ganz in ungestörter Lage, völlig erhalten bis auf die Knochen des rechten Fußes und der rechten Hand, die vermutlich schon von einem Tiere verschleppt sind, bevor die Bedeckung des Leichnams erfolgt war. Es handelte sich auch hier, wie in den beiden oben genannten Fällen, um ein förmliches Begräbnis, wie sich aus der sorgfältigen Lagerung ergibt. Jedoch war kein Grab angelegt, sondern die Leiche wurde im Schutze des Felsdaches niedergelegt, dann wahrscheinlich mit Erde und anderem Material überhüllt. Knochenreste und andere Abfälle bildeten in der auch weiterhin bewohnten Grotte eine regelmäßige Schicht von mehr als 3 Meter Dicke, die das Skelett bis auf unsere Zeit geschützt hat. Zahlreiche Steinwerkzeuge aus den Perioden des Aurignacien, Mousterien und Acheulens lassen eine Zeitbestimmung zu; das Skelett lag auf dem Grunde der Mousterienzeit.

Notizen.

— Kunstchronik. Im Salon Schulte ist zurzeit eine sehr umfassende Ausstellung von Werner Anton Gaffs zu sehen, die einen sehr guten Begriff von diesem vielbeschäftigten und thätigen deutschen Porträtisten des 18. Jahrhunderts gibt.

— Coofs Papiere im Kriminalmuseum? Die Kopenhagener Professoren wollen die Coofschen Papiere weder in der Universitäts noch in der königl. Bibliothek aufbewahren, sondern wollen sie (wenn das englische Sensationsblatt „Daily Mail“ recht hat) der Polizei übergeben, damit diese sie im kriminalistischen Museum unterbringe. — Der Verlaß wäre ja verständlich, aber haben die gelehrten Herren auch die Konsequenzen bedacht? Gehören nicht die Papiere des verstorbenen dänischen Ministers, der ein viel größerer Verräter als Coof war und vieler anderer großer Diebe und Schwindler, die niemand entlarvt, auch dahin? Die bürgerliche Gesellschaft kann ohne Schwindel und Gaunerei nicht leben, es muß nur honett und im großen getrieben werden, und man darf sich dabei nicht fassen lassen.

— Radiumgewinnung in Oesterreich. Aus Joachimsthal wurde nach der „Wiener R. Fr. Presse“ vor kurzem ein Gramm Radium an die Wiener staatliche Verkehrsstelle gesandt. Mit dem Verkauf konnte indes erst nach längeren Versuchen über die beste Verpackungsmethode begonnen werden. Ein Milligramm (ein Tausendstel Gramm) kostet 325 M. In Joachimsthal, wo inzwischen wieder ein neues Gramm hergestellt ist, werden auch noch andere radioaktive Produkte gewonnen, wie Polonium und Aktinium, deren Strahlungsvermögen in einer Richtung stärker ist als Radium.

— Eine Bronzebüste eines alten Germanen ist in Ungarn aufgetaucht. Wie die neue Zeitschrift „Mannus“ berichtet, befindet sich die Büste in einer Privatsammlung in Komorn und stellt einen bärtigen Mann mit langlichem Gesicht dar und läßt die Brustpartie und die beiden Schultern aus einem breiten Blattfellemporwachsen. Sie zeigt die charakteristische Haartracht der Germanen: hinten kurz geschlitten, vorn lang gewachsen, nach der rechten Seite hinübergeschlitten und über der Schläge zu einem dicken, wulstigen Knoten geschlungen. Die Kehnlichkeit des Kopfes mit den Germanendarstellungen am Tropäon von Abamkissi macht eine Datierung der Büste ins erste Jahrhundert n. Chr. wahrscheinlich.

die kleinen Geißelbetreibenden haben sich in London mit Macht gegen diese Schmutzkonkurrenz empört.

Die Heilsarmee ist aber nicht nur im Gewerbe, sondern auch in der Landwirtschaft tätig, und in ihren Landkolonien wird die Ausdehnung und Schmutzkonkurrenz noch schlimmer betrieben. Die Heilsarmee ist eine religiöse Bettelarmee, denn nicht weniger als 40 000 Personen werden in diesen Landkolonien beschäftigt. Solche Schmutzkonkurrenz muß ja doch immer wieder neue Scharen von Arbeitern auf die Straße werfen und zu Bettlern machen. Und was geschieht mit den Ueberflüssen, die diese Gesellschaft herauswirtschaftet? Sehen Sie in der Vertrauensstraße sich das reißerische Hauptquartier an; das allein kostet schon mehr Miete als 3000 Mk. Die bedeutenden Ueberflüsse werden — das Buch des General Booths „Frage und Antwort über die Heilsarmee“ bestätigt es — dem General übergeben; der Nachfolger wird von dem General ernannt und hat nachher die Fäden des Heilswagens weiter zu führen. (Zurufe.) Ja, Sie finden sich in der Sprache der Heilsarmee noch nicht zurecht! (Stürmische Heiterkeit.) Eine Kontrolle gibt es nicht, denn der General selbst ernannt sich die Residenten! Wären Sie wohl geneigt, einer Organisation in Berlin mit solchen Grundstücken auch nur einen Pfennig zu geben? Was für die Stadt notwendig ist, muß und wird die Stadt selbst ausführen, dazu bedarf sie nicht der Mitwirkung einer religiösen Gesellschaft mit so geschäftlichem Weisem.

Wie das Geld aufgebracht wird, das spottet jeder Beschreibung. In dem Buche: „Regeln für die Soldaten der Heilsarmee“ von General Booth ist aufgeführt, was die Soldaten für die Heilsarmee an sich abgeben müssen. In Berlin hat eine arme Stepperin von ihrem lärgischen Verdienst, mit dem sie noch mehrere Kinder ernähren mußte, noch 2 Mk. an die Heilsarmee abgeben müssen! Die Broschüre von Reiche „Hinter den Kulissen“, berichtet von einem ausgegrenzten Offizier der Heilsarmee, Angehörigen des Vereins ehemaliger Offiziere der Heilsarmee (Große Heiterkeit), sollte von Ihnen genau studiert werden, namentlich aber von den Herren, die in den Anstalten hineingehen. Die Heilsarmee gibt ihren Offizieren nichts, sondern drängt sie, wenn sie krank und hilfsbedürftig werden, heraus, damit sie der Armenpflege anheim fallen! (Rebner verliest aus der Broschüre die Darstellung von einschlagenden Einzeljällen.)

Die Kontaktsunterschrift wird verlangt, weil die Heilsarmee sich um Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung herumdrückt, und das gibt Berlin zu und will noch Geld darauf legen! Der Magistrat hätte am allerwenigsten Ursache, zu solchen Dingen die Hand zu bieten, viel weniger noch die Verammlung als solche. (Zurufe.) Es ist keineswegs überflüssig, das mitzuteilen, auch nach a u h e n hin, damit das Volk draußen weiß, was von den Dingen zu halten ist. Wir sollen die Stadt und den Magistrat davor schützen, Anhängel der Heilsarmee zu werden und den Oberbürgermeister und Rämmerer davor schützen, daß sie zu ihren schmerzlichen und anderen Lasten noch die schwere Last eines Ehrenoffiziers der Heilsarmee tragen müssen. (Stürmische Heiterkeit.) Das Richtige wäre, schon heute jene Zumutung als der Stadt Berlin unwürdig abzulehnen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner: Der Vortredner hat sich auch mit meiner Person beschäftigt und es so dargestellt, als ob ich zu den Besuchern der Heilsarmee gehörte und die Stellung eines Ehrenoffiziers begehre. (Heiterkeit.) Ich bin vor einigen Jahren, als hier im Circus Waid der General Booth auftrat, einer Einladung gefolgt und war an einem Sonntag eine Stunde dort. Ich habe das getan, weil ich von der Sache möglichst eine eigene Anschauung gewinnen wollte. Ich hatte dabei die Freude, plaziert zu werden in einer Loge zusammen mit einem Fratitionsgenossen des Vortredners. (Große Heiterkeit.) Ich kann nicht sagen, daß das, was ich da sah und hörte, auf mich einen besonders günstigen Eindruck gemacht hat (Hört, hört), aber ich habe auf anderem Gebiete doch Erfahrungen gemacht, die zeigen, daß es der Heilsarmee gelungen ist, die unglücklichen Personen, die für die Gesellschaft verloren zu sein schienen, durch persönliche Beeinflussung zu heben und ihnen wieder zu einer Existenz zu verhelfen. Vor einer solchen Tätigkeit habe ich Achtung, auch dann, wenn sie mit einem Weirwerk ausgeübt wird, das ich nicht billige; und ich glaube in der Tat, daß es wohl der Stadt Berlin würdig ist, wenn sie sie angemessen unterstützt, denn auf diesem Gebiete kann nicht genug geschehen. Das Ergebnis unserer Erkundigungen hat mich veranlaßt, mit für die 3000 Mk. zu stimmen.

Stadttrat Fischel: Der Oberpräsident konnte gar keinen anderen Weg gehen. Die Heilsarmee protestiert aufs entschiedenste gegen die Behauptung, daß das Geld ins Ausland geht. Nach den Statuten muß das in einem Lande aufgekommene Geld diesem auch wieder in voller Höhe zu Gute kommen. Für die Heidenmission (Masse: Judenmission!) sind 30 000 Mk. verwendet. Aber mit dieser religiösen Seite der Sache haben wir nichts zu tun.

In der Presse hat man sich über den Fortfall des „Weihnachtsmannes“ im Obdach

entrüftet. Im nächsten Obdach hat nie eine Befragung stattgefunden; selber hat man am Heiligabend Stollen verteilt, aber auf Wunsch des Kuratoriums ist das fortgefallen, weil Hunderte und Aberhunderte aus diesem Anlaß hinkamen, die fast nicht bei uns verkehren (große Anrufe und Pfustrufe bei den Sozialdemokraten), weil es greuliche Auftritte und Begeleien gab — während in der Silbesterntacht plötzlich 800—1000 Mann weniger ein Obdach nötig haben. Sodiel zur Steuer der Wahrheit. Direkt gegeben wäre bei diesen Elementen jeder Pfennig weggenommen. Hier muß eben die Privatität eingreifen, die die Stadt überall nach Kräften unterstützt und jetzt auch hier unterstützen will. Daß die Heilsarmee Vorwürfe in der Presse erfährt, ist doch nicht so auffallend; ich könnte Herrin Hoffmann aus anarchistischen Blättern ganz ähnliche Angriffe gegen die Wirtschaft im Gewerkschaftshause verlesen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Golland (A. L.): Wie ist es mit dem Herrn Hoffmann von seinen Vorwürfen nichts. Alles Material, das er vortrug, ist tendenziös gefärbt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Auch die Schriften des General Booth? Zur Ablehnung kurzgehand haben wir keine Veranlassung.

Stadt. Hoffmann (Soz.): Ich beurteile auch meinerseits die Äußerungen Ausgetretener sehr skeptisch. In der Hauptsache stütze ich mich auf die von der Heilsarmee selber herausgegebenen Schriften. Die „eigentliche Belehrtstätigkeit“ ist nur die Klamm für das Geldmachen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh.

Gerichtung einer Krananlage am Hafendock durch die Ziegeltransport-Kriegsgesellschaft soll nunmehr nachträglich genehmigt werden, da der Magistrat die herborgeleiteten Bedenken gegen eine etwaige Monopolisierung des Steinhandels nach Anhörung aller Interessentenkreise als beseitigt ansieht.

Stadt. Dowe (A. L.): Der Kran hat ein dringendes Bedürfnis erfüllt. Die Vorlage will diesen technischen Fortschritt unterstützen. Die Opposition fürchtet nun die Gefahr einer Monopolisierung des Steinhandels. Davon ist aber gar keine Rede. Selbstverständlich geht der wirtschaftliche Fortschritt über Reichen, und der Rückständige muß weichen.

Stadt. Wurm (Soz.): Ein technischer Fortschritt, der ausgenutzt werden kann von einer Privatperson oder Gesellschaft zugunsten einer kleinen Clique, wird stets die Interessen der Gesamtheit schädigen. Liegt dieser Fall hier vor? Leider ist der traurige Zustand vorhanden, daß die Stadt auf Schritt und Tritt gefährdet wird durch die Staatsbehörden, wenn sie etwas in eigener Regie betreiben will. Im vorliegenden Falle wird der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben, jede Konkurrenz fern zu halten. Dadurch wird der Gesellschaft eine Macht weit über das eigentliche Ein- und Ausladen von Ziegeln gegeben. Wer die Transportmittel in Händen hat, hat auch das Ziegelgeschäft in der Hand, kann Syndikate, Trusts bilden und die Preise in die Höhe treiben, zumal da das Ziegelgewerbe dicht dorochsteht, syndiziert zu werden. Wir wünschen und fordern den technischen Fortschritt aber nicht zum Zweck der Förderung des kapitalistischen Profits, sondern als Zweck

zweck der Förderung der Interessen der Gesamtheit. Wir wollen deshalb nicht etwa die Anlage verboten wissen und hindern, aber wir müssen dafür sorgen, daß ihre Vorteile nicht einer kleinen Clique zufallen. Die Kleinschiffer stehen auf demselben Standpunkt; sie wollen deshalb die Anlage als eine städtische, wie sie Charlottenburg, Stettin, Hamburg schon haben. Die Privatgesellschaften wollen lediglich Dividenden; ihnen ist der technische Fortschritt als solcher ganz gleichgültig. Wir haben hier den Untergang eines Kleingewerbes vor Augen, und es ist die konterwärtige Regierung, die diesen Untergang beschleunigt! Die Kleinschiffer müssen sofort nach Ausladung Berlin verlassen, während Charlottenburg sie vor Anker liegen läßt, ebenso Danzig und andere Städte. Sogar jetzt in den Weihnachtstagen sind Schiffer von der Polizei mit ihren Schiffen direkt weggejagt worden!

Aus der „Ziegeltransportgesellschaft“ ist ja auch schon die „Steinhandelsgesellschaft“ geworden. (Zunehmende Unruhe, die das Verständnis der Ausführungen des Redners sehr erschwert)... Auch die Reiteren der Kaufmannschaft haben sich in einem Bericht, gez. Kämpf und Weigert, für eine städtische Anlage erklärt. (Hört! hört!) Das sollte doch auch gerade Herr Dowe wissen! Im Interesse der Gemeinde, im Interesse der Kleinschiffer erwarten wir, daß der Ausschuh diese Frage reiflich prüft und zu dem Schluß kommt, die Anlage in eigene städtische Verwaltung zu nehmen.

Stadttrat Alberti: Soweit die städtische Verwaltung beteiligt ist, ist der Vorwurf unbegründet, daß die Schiffer weggetrieben werden; sie dürfen im Urbanhafen gegen ein ganz geringes Entgelt liegen bleiben.

Die Krananlage ist feinerzeit vom Magistrat genehmigt worden unter dem Vorbehalt, daß sie eventuell nach einem Jahre wieder beseitigt werden müßte, wenn die Zustimmung der Verammlung nicht erfolgt.

Stadt. Deutsch (soz.-forsch.): Herr Wurm hat übersehen, daß hier auch die „Hagener Akkumulatorenwerke“ mitgesprochen und daß wir es mit einem geschlossenen Birel zu tun haben, der faktisch das Monopol an sich bringen wird. Nochmalige Ausschuhberatung ist dringen geboten.

Stadt. Dr. Raul (A. L.) hält das nach der eingehenden Vorprüfung der Sache nicht mehr für nötig.

Stadt. Dowe ist bezüglich der Monopole durchaus einer Meinung mit Wurm, hält aber auf Grund der Prüfung ein Monopol für ausgeschlossen; das sei auch der Standpunkt der Reiteren und der Handelskammer, sogar des Vereins der Steinhandler.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh.

Zu Beisitzer-Stellvertretern sind wiedergewählt: Braße, Alt, Schulze mit 81, 80 und 71 Stimmen; Vorkmann hat 47 Stimmen erhalten.

Die übrige Tagesordnung bleibt unerledigt. Schluß 1/10 Uhr.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

Die „Kommunale Praxis“ begann mit dem 1. Januar den 10. Jahrgang. Wir erwähnen aus dem Inhalt der ersten Nummer: Was lehren Arbeiterbudgets für die Gemeindepolitik? — Beamtenmehrfregelungen wegen staatsfeindlicher Stimmabgabe bei Stadtverordnetenwahlen. — Latonsteuer. — Vergewaltigung. — Darlehen statt Obligationsanleihen. — Die Ernährung der deutschen Schulkinder. — Volks- und Jugendspiele. — Lehrgelöhler. — Erziehung einer Arbeitslosenversicherung. — Zur Reform des Armenpflegelosen. — Tarifes. — Strafrecht und Armenwesen. — Landüberweisung an Arme. — Armenunterstützung und öffentliche Rechte. — Berliner Rumbau. — Vobewesen. — Aus den Berliner Kororten. — Ein kommunalistischer. — Aus Baden. — Stadtverwaltung und Arbeitsnachweis. — Stettiner Schulwesen. — Wahlkampf in Elberfeld-Barmen. — Kommunale Fragen in Zeitschriften und neuen Wählern. — Wahlterrorismus in Westdeutschland u. a. m.

Durch ein jährlich erscheinendes Inhaltsverzeichnis sowie Sachregister wird die „Kommunale Praxis“ zu einer brauchbaren Materialquelle für die Genossen, die in der Gemeindeverwaltung tätig sind. Abonnements zum Preise von 3 Mk. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungs Expeditionen entgegen. Probenummern sendet gratis und franco der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

## Soziales.

### Ein Tarifentwurf ist unverbindlich.

Der Brauereigehilfe Johann Leyle klagte vor dem Gewerbegericht Augsburg am 4. Januar gegen die Brauereibesitzerin Pfeiffer wegen kündigungloser Entlassung auf eine Entschädigung in Höhe von 68,12 Mk. Bei seinem Eintritte war von einem Ausschlusse der Kündigung keine Rede, trotzdem wurde er nach Weihnachten plötzlich entlassen. Die Arbeitgeberin berief sich dabei auf einen unter den Brauereibesitzern festgesetzten Tarifentwurf, in dem jedwede Kündigung ausgeschlossen war. Der Kläger führte aus, in den Jahren 1905 bis 1907 habe ein gegenseitiger Tarif im Brauergewerbe bestanden, derselbe sei jedoch 1907 beiderseits gekündigt. Der einseitig unter den Arbeitgebern vereinbarte Tarifentwurf habe keine Rechtsverbindlichkeit. Durch Urteil wurde aus den vom Kläger angeführten Gründen dem Klageantrage stattgegeben und die Brauereibesitzerin verurteilt, an den Kläger den Betrag von 64,30 Mk. zu bezahlen.

### Schließt widerspruchlose Annahme der Kündigung Entschädigungsansprüche aus?

Der Werkmeister Claasen forderte von der Seidw. Beleuchtungs-Gesellschaft noch 200 Mk. Lohn für März 1906. Er ist am 28. Februar entlassen worden, nachdem ihm mit monatlicher Frist gekündigt worden ist. Die Kündigung hatte C. ohne Widerspruch angenommen, auch bei der Entlassung keinerlei Forderungen geltend gemacht. Dem Kläger ist erzt später bekannt geworden, daß das Gesetz für Werkmeister eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zum Vierteljahreschluß vorsieht. Er wurde gegen die Gesellschaft klagbar. Diese meinte ein, daß sie mit allen ihren Arbeitern und Angestellten die kürzeste Kündigungsfrist, die das Gesetz zuläßt, vereinbart habe. So bestche bei den Arbeitern Kündigungsanspruch und bei den Werkmeistern und kaufmännischen Angestellten monatliche Kündigung. Dies sei dem Kläger bekannt gewesen. Dieser erwiderte, daß mit ihm nichts über die Kündigung vereinbart worden ist.

Das Gewerbegericht erklärte sich gestern für unzuständig, da des Klägers Jahresgehalt 2000 Mk. übersteigt und empfahl die Klagerücknahme. Dem kam der Kläger nach.

Der Vorsitzende riet dem Kläger auch davon ab, die Klage beim Amtsgericht anhängig zu machen, denn sie sei aussichtslos, da die Beklagte nach Treu und Glauben hätte annehmen dürfen, daß er mit der Kündigung einverstanden war. Dieser Rat des Vorsitzenden widerspricht dem Gesetz und den Grundstücken über Treu und Glauben auf das energischste. Auf die Kündigungsfrist für Werkmeister kann dieser überhaupt nicht verzichten. Ueberdies schlägt aber die Praxis dem Gesetz und der Billigkeit ins Gesicht, anzunehmen, ein Arbeiter „verzichte“ auf seine gesetzlichen Rechte, weil er sie nicht bei der Entlassung geltend gemacht habe.

## Aus Industrie und Handel.

### Vom Wohnungsmarkt in Berlin.

Aus einer Arbeit des Herrn Professors Dr. Silbergleit über „Wohnungsmarkt und Wohnungsmarkt in Berlin 1900 bis 1908/09“ ver-

öffentlicht die „Vossische Zeitung“ Auszüge, denen wir einige Angaben entnehmen. Die Entwicklung der Baustätigkeit veranschaulichen diese Zahlen:

	Jahr 1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Neubauten . . . . .	853	997	1063	1091	1053	821	603
Um- u. Erweiterungsbauten . . . . .	330	350	420	488	605	779	715
Rohbau-Abnahmen . . . . .	1183	1347	1482	1579	1658	1000	1317

Für den Wohnungsmarkt maßgebend ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen. Die Zahl der Grundstücke mit wenigstens einer leerstehenden Wohnung betrug anfangs 1907: 5003, 1908: 7146, 1909: 9523.

Die Zahl der untermieteten Wohnungen belief sich

Jahr	auf 25 852, davon 28 871 ohne Gewerberäume,
1908	17 829, 16 432
1907	13 107, 12 385
1906	10 074, 9 026
1905	8 406, 7 845
1904	5 919, 5 436
1903	4 877, 4 529
1902	2 880, 2 584
1901	2 101, 1 761

Hiernach ist seit Anfang des Jahrzehnts eine fortdauernde Steigerung des Wohnungsmarktes zu verzeichnen, die besonders in den letzten Jahren an Lebhaftigkeit zunahm.

Eine Senkung der Mietpreise als Folge des stärkeren Wohnungsangebots läßt sich nicht konstatieren. In den letzten Jahren sind die Wohnungsmieten vielmehr teilweise noch recht kräftig gestiegen. Verschleidenheit ist den Hausagarieten mindestens ebenso fremd als den Junkern; beide verstehen es ausgezeichnet, die Konsumenten zu schröpfen.

### Kapitalkonzentration.

Wenn auch nicht in besonders großem Umfange, so doch in ziemlich bemerkenswerter Weise hat im vergangenen Jahre der Zusammenschluß von Banken angehalten. Nach einer Zusammenstellung in der „Bankbeamten-Zeitung“ sind im vergangenen Jahre 60 Firmen zu 38 vereinigt worden. 23 Banken erhöhten in dieser Zeit ihr Kapital um 123 Millionen Mark.

Konkurs. Die Berliner Holzfirma Curt Vallentin Komm.-Ges., die sich seit Mitte vorigen Jahres in Zahlungsschwierigkeiten befindet, ist nunmehr in Konkurs geraten.

### Ermäßigung des Bankdiskonts.

Die Bank von England hat am Donnerstag die offizielle Mindestrate um 1/2 Prozent auf 4 Prozent ermäßigt. Die Zeitung des englischen Zentralnoteninstituts glaubt, keine erneute Geldversteifung befürchten zu müssen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine Lehre.

Noch immer glauben viele Frauen, es sei ganz gleichgültig für sie, welche Partei bei den Wahlen unterliege und welche siege. Die Frauen erkennen noch immer viel zu wenig, daß die Politik eine direkte Regenfrage ist. Ein neues Beispiel dafür bieten Vorkommnisse in Prag. Dort gelang es den vereinigten Deutschnationalen und Christlichsozialen, sechs Sozialdemokraten aus der Gemeindevertretung hinauszuwählen, obwohl die Sozialdemokraten einen Zuwachs von 800 Stimmen erhielten. Die erste Tat der deutschen Herren war die Einführung der Zahlungsfrist eines besonderen Schulgelbes. Alle armen Teufel, die ihre Kinder in die Schule schickten, weil es das Gesetz verlangte, sollten nun noch für die Volksschule eine Krone und für die Bürgerchule zwei Kronen zahlen. Im Vorjahr wurde die Mehrheit durch die 13 Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung an dieser vorkommenden Reform gehindert, nun hatten die Herren leichtes Spiel. So manche Frau in Prag mag nun wohl denken: es wäre besser gewesen, wenn ich mich bei den Wahlen auch um die Sache gekümmert hätte, dann wäre mir das Schulgeld erspart geblieben. Aus dieser kleinen Angelegenheit sollen die Frauen lernen.

## Gerichts-Zeltung.

### Klassenjustiz gegen Wandfelds Bergknapen.

Am Dienstag mußte sich vor der Strafkammer in Halle der Hüttenarbeiter Raul Schulze aus Burgörner (Wandfeld) wegen angeblichen Vergehens gegen den berichtigten § 153 der Gewerbeordnung in sogenannter Idealkonkurrenz mit Bedrohung verantworten. Schulze war bereits vom Schöffengericht in Hettstedt (Streitkober) zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte Verurteilung gegen das Urteil eingelegt. Während des Streiks traf der misseiernde Sch. den arbeitswilligen Hüttenmann Kirshberg, dem er nach der Frage: wohin? zurief: „Wenn ich dich mal allein fasse, schlage ich Dir die Knochen kaputt!“ Tätlichkeiten kamen jedoch nicht vor. Der Angeklagte gab die Neuerung zu, führte jedoch aus, daß er sich bei ihr durchaus nichts Gefährliches gedacht habe. Mit einer solchen Redensart nehme man es dort nicht so genau.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg legte dar, daß im vorliegenden Falle nur Bedrohung, nicht aber ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung zu erblicken sei. Der Streik war nicht entstanden, um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, sondern um weiteren Maßregeln der Gewerkschaft, die rund vierzig Kameraden des Angeklagten wegen Ausübung ihres gesetzlichen Koalitionsrechtes entlassen hatte, vorzubeugen. Es handelt sich also um einen Sympathiestreik. Das Reichsgericht hat in solchen Fällen nur Bedrohung als vorliegend anerkannt. Im Schöffengerichtsurteil ist ausdrücklich zugegeben, daß der Angeklagte keine führende Rolle im Streik gespielt habe; er hat nur das gesetzliche Recht zum Streiken ausgenutzt. Er ist ferner unbefragt und handelte doch ganz offenbar in begrifflicher Erregung. Diese Gründe hat das Schöffengericht vollständig übersehen. Der Terrorismus ist hier von der entgegengelegten Seite ausgeübt worden. Das Reichsgericht gewährt den Arbeitern das Koalitionsrecht, ein starker Unternehmer, hier die Wandfelder Gewerkschaft, verbietet es ihnen einfach. Sie sagt, die freien Gewerkschaften sind sozialdemokratische Einrichtungen. Abgesehen von der Nichtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptung, was geht das die Gewerkschaft an? Was würden bürgerliche Leiter sagen, wenn die Arbeiter von ihnen verlangten, daß sie aus ihren konservativen oder anderen Organisationen austreten? In allen Klassen steckt ein gewisser Korpsgeist, den man auch den Arbeitern zuerkennen muß. Angefichts all dieser Gründe sei die im Schöffengerichtsurteil zum Ausdruck gebrachte Entrüstung über die Tat nicht weniger als angebracht. Das Gericht möge die horrenden Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umwandeln.

Die Halle'sche Strafkammer verwarf die Verurteilung. Das allem Rechtsempfinden hohnsprechende Klassenurteil auf zwei Monate Gefängnis bleibt also bestehen.

Mit Einschluß dieser Strafe sind bislang in Streitfällen aus Wandfeld 9 Monate Gefängnis, 1 Woche Haft und verschiedene Geldstrafen verhängt worden. Zahlreiche Verhaftungen stehen aber noch in Aussicht. Die Klassenbewegte Arbeiterchaft wird dem sphyerischen Kampfe der Wandfelder Bergknapen ihre Anerkennung nicht versagen; in der Art und Höhe der Strafen spiegelt sich das schlechte Gewissen der herrschenden Klasse über ihr rechtswidriges Verhalten im Wandfelder Kampfe wieder.

Der Diebstahl an einem Perlenkoller

Im Werte von 24.000 M., der kurz vor Weihnachten 1907 im...

Gestern sah sich das internationale Verbrecherpaar zum ersten...

Unterzahlungen in Höhe von 68.000 M.

hat der Buchhalter Franz Harder verübt, gegen den gestern die...

sprach, weil der Hauptangeklagte angeblich Millionär sein sollte...

Vermischtes.

Sturmschäden.

Wie aus Halifax berichtet wird, sind während eines heftigen...

Nach einem Telegramm aus Madrid wütete in den Bezirken...

Ein Kaplan feldmäßig verfolgt.

Gegen den feldmäßig verfolgten Kaplan Schulte aus Päch...

Bauernlebensdrama in Ungarn. In Kantonbafar hat das Bauern...

Untergang eines Bergungsdampfers. Aus Wellington in Neuseeland...

Gefrandeter Dampfer. Nach einer in Hamburg eingegangenen...

Eine Frauenleiche in einem Koffer gefunden. Einer Meldung aus...

zwei Gastzimmer gemietet und mehrere Koffer mitgebracht. Er hatte...

Nach einer neueren Meldung aus Brüssel verhaftete die Polizei...

Schiffsbrand auf hoher See. Der Dampfer „Korfe Prince“, der...

Deutscher Arbeiter-Abkennungs-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute...

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutsch-

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das...

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle...

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Sozialistische Bewegungen...

Im Vorzuge. Roman. Von H. Bang. Fiktion. Bibliothek geistlicher...

Wetterprognose für Freitag, den 7. Januar 1910. Ein wenig kälter...

Otto Kühnelt. Im vollendeten 33. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetäubt an...

Zentralverein aller in der Hut- u. Filzwarenindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Ziehung 5. Februar. Schlesische Lotterie. Lose 1.- 11 Lose = 10 Mark.

JOSETTI JUNO CIGARETTEN. Weshalb erfreuen sich gerade JOSETTI JUNO Cigarettes...

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht...

Ohne jede Anzahlung. Pianoforte. Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Hedwig Adam geb. Wiesko im Alter von 32 Jahren.

Sie sparen Geld! Möbel direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik.

Inventur-Verkauf. heut und folgende Tage zu herabgesetzten Preisen.

Todes-Anzeige. Allen Bekannten und Freunden die traurige Nachricht...

Dankfagung. Für die vielen Beweise der Teilnahme anlässlich der Beerdigung...

Arbeiter finden für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl.

Pelzwaren. jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint BERLIN O. Joachimstraße 11 C.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Blumen- u. Kranzbinderei Aug. Krause, Wiener Straße 7.

Arbeiter finden für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl.

Arbeiter finden für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl.

Pelzwaren. jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint BERLIN O. Joachimstraße 11 C.



Sozialistische Presse Deutschlands.

I. Quartal 1910.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

„Die Neue Zeit“, Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart, Kirchbachstr. 12. Redaktion: Berlin-Friedenau, Niedstr. 14.

Kommunalpolitische Zeitschrift.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin W. 10, Kaiserin-Augustastraße 58.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Frauenfeldstr. 4.
Angsburg „Schmälische Volkszeitung“ Maximilianstraße 31.
Bautz „Norddeutsches Volksblatt“ Peterstraße 20/22.
Bayreuth „Kraintische Volksblätter“ Richard-Wagner-Straße 25.
Bielefeld „Volksblatt“ Schulstr. 20.
Bochum „Volksblatt“ Hermannstraße 7.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung“ Märkisches Volksblatt Kurstr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Schloßstraße 2.
Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Hanfenstr. 21-22.
Breslau „Volksblatt“ Neue Wapenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Wolfhagerstr. 7.
Chemnitz „Volksstimme“ Uferstr. 14.
Cottbus „Märkische Volksstimme“ Am Amtsteich 18.
Crefeld „Niederländische Volksblätter“ Breitestr. 62.
Darmstadt „Hessischer Volksfreund“ Bismarckstr. 19.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Kananischestr. 107.
Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ Kiehlstr. 5.
Dresden „Dresdener Volks-Zeitung“ Zingststr. 21.
Düsseldorf „Volks-Zeitung“ Wallstr. 10.
Eisenach „Niederländische Arbeiter-Zeitung“ Friedrich-Wilhelmstr. 76.
Erfurt „Erfurter Freie Presse“ Robertstr. 8a.
Essen „Arbeiter-Zeitung“ Gradenstr. 67.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Gera „Märkische Volksblätter“ Am Schloßgasse 11.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung“ Schanzstr. 18.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung“ Lützenstr. 6.
Greifswald „Märkische Volkszeitung“ Untere Silberstr. 2.
Gotha „Volksblatt für die Herzogtümer Coburg und Gotha“ Wöhrenberg 7.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Herz 42/43.
Hamburg „Hamburger Echo“ Hamburg I, Fehlandstr. 11.
Hannover „Volksstimme“ Hauptstr. 5.
Heilbronn „Kraintische Volksblätter“ Bismarckstraße 13.
Helmstedt „Volksblatt“ Hauptstr. 4.
Hildesheim „Volksblatt“ Schloßgasse 19.
Hirschfeld „Volksblatt“ Lützenstr. 24.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Königsberg i. Pr. „Königsberger Volks-Zeitung“ Vorder-Kohgarten 50.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Tauscherstr. 19-21.
Lüdenscheid „Volksstimme“ Lützenstr. 19.

- Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Tauscherstr. 19-21.
Lüdenscheid „Volksstimme“ Lützenstr. 19.
Ludwigshafen a. Rh. „Märkische Post“ Magstr. 65.
Münster „Münster Volksblatt“ Johannisstr. 46.
Magdeburg „Magdeburger Volksblatt“ Mittelstr. 46.
Mainz „Volkszeitung“ Jangasse 13.
Mannheim „Volksstimme“ K 3, 14.
München „Münchener Post“ Mittelmerer 19.
Mühlhausen i. Th. „Volksblatt“ Fieglstr. 49/50.
Mühlhausen i. G. „Mühlhäuser Volkszeitung“ Dreilindenstr. 37.
München „Münchener Post“ Mittelmerer 19.
Nordhausen „Nordhäuser Volkszeitung“ Poststr. 14.
Nürnberg „Nürnberger Tagespost“ Freilegasse 25-27.
Offenbach a. M. „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Pforzheim „Pforzheimer Freie Presse“ Dörlingstr. 37.
Regensburg „Regensburger Post“ Dreimöhrenstr. B. 5.
Remscheid „Remscheider Arbeiterzeitung“ Reustraße 2.
Rostock „Märkische Volkszeitung“ Döbermannstr. 6.
Saalfeld a. d. Saale „Volksblatt“ Köhlerstraße 15.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Hohenstraße 7.
Sonneberg (S.-M.) „Thüringer Volksfreund“ Coburger Wähe 7a.
Stettin „Volks-Vote“ Schillerstr. 10.
Straßburg i. G. „Freie Presse für Elsass-Lothringen“ Hindemühlstr. 2.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Hauptstätterstr. 91.
Würzburg „Kraintische Volksfreund“ Semmelstr. 46.
Zittau „Volks-Zeitung“ Köpferberg 8.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Bosenstr. 16.

Wöchentlich dreimal erscheinend.

Kattowitz „Gazeta Robotnicza“ (Polnisch) Rathausstr. 12.
Offenburg (Baden) „Volksblatt“ Oberstr. 3.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Langenbielau „Der Proletarier aus dem Gegendebirge“ und „Gründerzeitung“, Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Lörrach (Baden) „Volkszeitung“ Rainstraße.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

München „Münchener Wochenblatt“ Kaufinger Str. 15 I.
Redaktion: Kehlmerer 19 II.
Cassel „Der Wegweiser“ Wolfhagerstr. 7.
Köln „Münchener Wochenblatt“ (Wochenausgabe) Ursulaplatz 6.

Alle 14 Tage erscheinend.

Berlin „Arbeiter-Jugend“ SW. 68, Lindenstr. 69.
Stuttgart „Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Kirchbachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

- Altona „Schleswig-Holsteinische Landpost“ Adolphstraße 29.
Berlin „Die Fackel“ SW. 68, Lindenstr. 69.
Braunschweig „Empor“ Schloßstr. 2.
Bremen „Der Sozialdemokrat“ Hausenstr. 58/60.
Breslau „Landbote für Schlesien“ Neue Wapenstr. 6.
Dessau „Landbote für Anhalt“ Kananischestr. 107.
Dortmund „Die Wahrheit“ Kiehlstr. 5.
Eisenach „Das Morgenrot“ Robertstr. 8a.
Hamburg „Hamburger Landbote“ Gr. Theaterstr. 44.
Königsberg „Der Landbote“ Königsstr. 21, Hof II.
Magdeburg „Landpost“ Große Mühlstr. 3.
Stettin „Der Sommer“ Gutenbergstr. 11.

Wochblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

Stuttgart „Der wahre Jacob“ Kirchbachstr. 12.
„Der Postillon“ Kirchbachstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ SW. 68, Lindenstr. 69. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Hamburg I, Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion: Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

I. Quartal 1910.

Zentral-Organ: „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“. Berlin SO. 16, Engel-Allee 15.

A. Presse der Zentralorganisationen:

- Abkaltener „Der Abkaltener“. Berlin SO. 16, Engel-Allee 15 I.
Bäder und Konditoren „Deutsche Bäder- und Konditoren-Zeitung“. Hamburg I, Besenbinderhof 57/66.
Für Bäderarbeiter Berlins „Der Bedruf“. Berlin O. 54, Auguststr. 36.
Bauern und Friseur „Freiwilligen-Zeitung“. Berlin N. 58, Stolpischestraße 66, II. r.
Bauhilfsarbeiter „Der Bauhilfsarbeiter“. Hamburg I, Klosterstr. 8 I.
Bergarbeiter „Bergarbeiter-Zeitung“. Bochum, Diemelbühlstr. 38/49.
Bildhauer „Bildhauer-Zeitung“. Berlin S. 53, Bergmannstr. 68.
Blumenarbeiter „Der Blumen-Arbeiter“. Nieder-Schönhausen-Berlin, Marktstr. 10.
Böttcher „Deutsche Böttcher-Zeitung“. Bremen, Kaulenstr. 58/60.
Brauereiarbeiter „Brauereiarbeiter-Zg.“ Berlin O. 27, Schilderstr. 6.
Buchbinder „Buchbinder-Zeitung“. Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.
Buchdrucker „Korrespondent“. Leipzig, Salomonstr. 8.
Buchdrucker-Hilfsarbeiter „Solidarität“. Berlin S. 59, Wilmannsstr. 20.
Bureauangestellte „Der Bureau-Angestellte“. Berlin NO. 43, Minsterstr. 8, II.
Dachdecker „Dachdecker-Zeitung“. Redaktion Hanau, Köpferstr. 6. Expedition Frankfurt a. M., Alleeheilgenstraße 51.
Eisenbahner „Bedruf“. Berlin SO. 16, Engel-Allee 15.
Fabrikarbeiter „Der Proletarier“. Hannover, Ringstraße 5 III.
Feischer „Der Feischer“. Berlin SO. 16, Dusterlaubenerstr. 18/19, part.
Gärtner „Allgemeine deutsche Gärtner-Zeitung“. Berlin N. 37, Wehlerstr. 3.
Gastwirtsgehilfen „Der Gastwirtsgehilfe“. Berlin NO. 18, Wilmannsstr. 21.
Gewebedarbeiter „Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätskarte“. Berlin W. 30, Blücherfeldstr. 24.
Glaserarbeiter „Der Fachgenosse“. Berlin O. 17, Gohlfelderstraße 29.
Glaser „Glaser-Zeitung“. Karlsruhe i. B., Wilhelmstraße 47.
Hafenarbeiter „Der Hafenarbeiter“. Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Handlungsgehilfen „Handlungsgehilfen-Zeitung“. Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Hausangestellte „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten“. Berlin SO. 16, Michael-Straßplatz 1 II.
Holzarbeiter „Holzarbeiter-Zeitung“. Berlin O. 3, Neue Friedrichstr. 2 IV.
Hotelkellner „Der Hotelkellner“. Berlin NW. 7, Am Weidenbaum 1a.
Hutmacher „Korrespondent“. Altenburg, S.-M., Nordstraße 37.
Kirchner „Der Kirchner“. Hamburg 22, Holstentempel 3a I.
Kupferschmiede „Der Kupferschmied“. Berlin N. 4, Gartenstr. 101, Seitenstr. I.
Lagerhalter „Lagerhalter-Zeitung“. Leipzig, Zehnerstraße 32 II.
Landarbeiter „Der Landarbeiter“. Berlin SO. 16, Michael-Straßplatz 1 II.
Ledearbeiter „Ledearbeiter-Zeitung“. Berlin SO. 33, Wustmannstr. 20 II.
Lithographen und Steindrucker „Graphische Presse“. Redaktion: Friedrichshagen, Viktorstr. 8.
Maler „Ereignis-Anzeiger“. Hamburg 22, Schmalenburgerstr. 17 I.
Maschinen und Feiler „Deutscher Maschinist und Feiler“. Berlin SO. 33, Fährstr. 45.
Mauere „Der Grundstein“. Hamburg I, Besenbinderhof 54.
Metallarbeiter „Metallarbeiter-Zeitung“. Stuttgart, Rätestr. 10a.

- Mühlenarbeiter „Mühlenarbeiter-Zeitung“. Mittenburg S.-M., Joldauerstr. 12.
Rotenbacher „Der Rotenbacher“. Leipzig, Talstr. 27 I.
Porzellanarbeiter „Die Ameise“. Charlottenburg, Königsstr. 14.
Zafler und Portefeulier „Sattler- und Portefeulier“. Berlin SO. 16, Bräckenstraße 10b.
Schiffszimmerer „Der Schiffszimmerer“. Hamburg 7, Banfstr. 144.
Schirmmacher „Correspondenzblatt“. Hamburg 6, Kampstraße 6.
Schmiede „Schmiede-Zeitung“. Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Schneider u. Wäschearbeiter „Fachzeitung für Schneider und Wäschearbeiter“. Berlin SO. 16, Michael-Straßplatz 42.
Schuhmacher „Schuhmacher-Fachblatt“. Gotha, B. Hof.
Seelente „Der Seemann“. Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Steinarbeiter „Der Steinarbeiter“. Leipzig, Zehnerstraße 32.
Steinfeiler „Allgemeine Steinfeiler-Zeitung“. Berlin NW. 21, Wilmannsstr. 17 II.
Stuttarter „Der Stuttarter“. Hamburg 22, Zehnerstraße 9 II.
Tabakarbeiter „Der Tabakarbeiter“. Leipzig, Tauscherstraße 19/21.
Tapezierer „Correspondenzblatt für Tapezierer“. Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 49, Hof I.
Textilarbeiter „Der Textilarbeiter“. Berlin O. 27, Andreaskstr. 61.
Töpfer „Der Töpfer“. Berlin SO. 36, Wienerstr. 7 III.
Transportarbeiter „Der Courier“. Berlin SO. 16, Engel-Allee 21.
„Der Straßenbahner“, Berlin SO. 16, Engel-Allee 21.
Xylographen „Zeitschrift für Xylographen“. Leipzig, Kronprinzstr. 35 I.
Zigarrenfertiger „Der Organistator“. Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Zimmerer „Der Zimmerer“. Hamburg I, Besenbinderhof 57-66.
Zivilmuster „Fachzeitung für Zivilmuster“. Berlin N. 31, Straßburgerstr. 36, Hof part.

B. Blätter anderer Gewerkschaften und sonstiger Organisationen.

Berlin „Der abstinenten Arbeiter“, Organ des deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes, O. 17, Langestr. 11.
Redaktion: NO. 55, Kaiserstr. 13.
„Arbeiter-Schwimmer-Zeitung“, Rixdorf, Hermannstraße 178.
„Der Bismarckarbeiter“, Organ des Verbandes des technischen Bismarckpersonals, O. 34, Wustmannstr. 68.
„Der freie Volkswirt“, O. 17, Wustmannstr. 30.
„Deutscher Zeichner“, NO. 55, Wustmannstr. 12 III.
„Volksständige Zeitschrift für praktische Arbeitervereine“, Organ des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen, Berufsvereinigungen usw., N. 58, Schützenallee 27.
Redaktion: Magdeburg, Blüthenbergerstr. 30.
Dresden „Der Arbeiter-Lithograph“, Deubenstr. 6.
Leipzig „Der Bibliothekar“, Monatschrift für Arbeiter-Bibliotheken, Fährstr. 69 III.
„Arbeiter-Turner-Zeitung“, Langestr. 34.
„Die freie Lärmerin“, Langestr. 34.
Eisenach „Zeitschrift für Graveure der Stoffdruck-Industrie“, Neue Gartenstr. 20.
Frankfurt a. M. „Arbeiter-Steinograph“, System-Kreuz, Grubenstraße 35.
Magdeburg „Die Arbeiter“, Organ des Arbeiter-Kipfelerbundes, Groß-Ottersleben, Magdeburgerstr. 5.
Nürnberg „Süddeutsche Eisenbahner-Zeitung“, Austraße 3 II.
Offenbach a. M. „Der Arbeiter-Radfahrer“, Organ des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität, Herrnh. 14.
Ergänzung: Obige Zusammenstellung veröffentlichte wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Korrekturen oder sonstige Veränderungen bitten wir uns zur Berichtigung mitteilen zu wollen.
Berlin, den 6. Januar 1910.
Der Parteivorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schönweide. Am Sonntag, den 9. Januar d. J., nachmittags 4 Uhr, findet beim Genossen Richter, Haselwerder-Edelmannstraße die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Gemeindefortschritt. 5. Stellungnahme zur Gewerbeaufsichtswahl. 6. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Hohen-Schönhausen. Heute Freitag, pünktlich 8 Uhr, findet bei Herrschel, Berliner Str. 93, die Generalversammlung des Bezirks statt.
Reinickendorf-West. Sonntag, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die erste Sitzung im neuen Jahre brachte die Einführung von ziemlich einem halben Dutzend Stadtverordneten, die teils wiedergewählt, teils neugewählt worden waren. Die einzuführenden Stadtverordneten wurden vom Oberbürgermeister Kirchner mit einer Ansprache begrüßt, die diesmal sich in bemerkenswerter Weise über das für solche Einführungsreden übliche Niveau erhob. Herr Kirchner entwarf ein Programm der Aufgaben, die der Stadt Berlin im nächsten Jahre harren. Als wichtigste nannte er an erster Stelle die Organisation von Groß-Berlin, die zur Notwendigkeit geworden sei. Es sei zu befürchten, daß sonst schließlich die wirtschaftliche Entwicklung und auch die Selbstverwaltung Berlins gefährdet werde.
Der sozialdemokratischen Fraktion haben die Stadtverordnetenwahl vom Herbst 1909 drei neue Mandate gebracht. Für sie hat nunmehr die Mitgliederzahl sich von bisher 35 auf 38 erhöht, so daß sie über ein Viertel aller Sitze inne hat. Neu sind in die Fraktion eingetreten die Genossen Börner, Cohn, Kerjin, die von den drei neu eroberten Bezirken ins Stadiparlament entsandt wurden. Außerdem sind neu eingetreten die Genossen Meyke, Rosenfeld, Buchst, die an Stelle der ausgeschiedenen Genossen Augustin, Schuber, Kofke gewählt wurden.
Zeit einem Jahrzehnt bereits hat die sozialdemokratische Fraktion immer wieder die ganz selbstverständliche Forderung gestellt, daß ihr nach Maßgabe ihrer Stärke eine Vertretung im Vorstand der Versammlung eingeräumt

werde. Die freisinnige Mehrheit hat auch diesmal wieder es fertig gebracht, die Erfüllung dieser Pflicht des einfachsten parlamentarischen Anstandes zu verweigern. Wieder hat sie, ihre Mehrheitsgewalt ohne Scheu mißbrauchend, keinen einzigen der acht Sitze im Vorstand einem Sozialdemokraten überlassen. Diese Brutalisierung der Minorität ist echt freisinnig! Es wäre ein Verstoß gegen die Grundsätze des Berliner Kommunalreformsinns, wenn die Mehrheit anders handeln wollte.
Zu den Pflichten, die die Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt Berlin in ihrer ersten Sitzung erfüllen zu sollen glaubt, gehört das Kaiserhoch. Die Freisinnigen exekutierten es mit einer Verve, wie sie nur durch langjährige Übung erworben wird. Die Sozialdemokraten hörten zu; sie wußten den ihnen bereiteten Genuß zu würdigen. Nachdem die Versammlung schließlich alles erledigt hatte, was zu ihrer regelrechten Konstituierung nötig ist, trat sie in ihre Arbeit ein.
Zu einer sehr lebhaften und höchst amüsanten Aussprache kam es aus Anlaß des Magistratsantrages, der Heilsarmee eine Beihilfe zu gewähren. Genosse Hoffmann schilderte das Treiben der Heilsarmee in so humoristischen Ausführungen, daß eine Lachsalbe der anderen folgte. Den Magistrat verteidigte der Oberbürgermeister Kirchner und dann auch noch der Stadtrat Fischbeck, der offenbar zum Protektor der Heilsarmee der „richtige Mann“ ist. Sehr nett machte es sich, daß er in seinem Loblied auf die Heilsarmee auch ihres Kampfes gegen den Alkohol mit einem Wort der Anerkennung gedachte. Schon bei einer früheren Gelegenheit hat Herr Fischbeck einmal durchblicken lassen, wie sehr es ihn verdrieht, daß auch Obdachlose manchmal eins über den Durst trinken.
Den Schluß der Sitzung bildete eine Debatte über die Monopolisierungsbestrebungen im Ziegelleittransport, die der Magistrat unterstützen will. Genosse Wurm wies hier in Ausführungen, die in der Versammlung viel Beachtung fanden, auf die Gefahren hin, die hieraus nicht nur den kleineren Ziegelleitbesitzern, sondern auch den kleinen Binnenschiffern erwachsen.
Arbeitslosenversicherung und die Gemeinden Groß-Berlins. Der Magistrat hat, wie bereits berichtet, beschlossen, den Vorstand des Deutschen Städtetages zu ersuchen, die Frage einer kommunalen Arbeitslosenversicherung in einer Versammlung des Deutschen Städtetages zu erörtern. Unabhängig davon sollte eine Aussprache unter den Gemeinden Groß-Berlins über diesen Punkt herbeigeführt werden. Diese

hat gestern im Berliner Rathaus stattgefunden. Vertreten waren dabei außer dem einladenden Berliner Magistrat die Magistrate von Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Rixdorf und Lichtenberg, die Landräte von Leitow und Niederbarnim und der Gemeindevorstand von Vohagen-Dummelsburg. Beschlüsse wurden, gemäß dem Zwecke der Zusammenkunft, die nur einen unterrichtenden Charakter tragen sollte, nicht gefaßt. Man war darüber einig, daß die Frage für Groß-Berlin am zweckmäßigsten einheitlich geregelt werden sollte. Ueber die Form einer solchen Regelung aber gingen die Meinungen weit auseinander. Daß in Berlin und den östlichen Vororten erheblich schwierigere Verhältnisse der Regelung entgegenständen als in Charlottenburg und Schöneberg, wurde gleichfalls anerkannt. Es soll unter den an der Besprechung beteiligten Verwaltungen in Zukunft ein Austausch der Schriften über den Gegenstand erfolgen und eine nähere Verbindung der in ihren Gebieten tätigen Arbeitsnachweise angestrebt werden.
Kriminalpolizei, Presse und Publikum. Das „Berl. Tageblatt“ scheint mit den Berliner Kriminalkommissaren eine Art „G. m. b. H.“ gegründet zu haben. Es läßt sich vor einigen Tagen eine Reihe von Artikeln aus der Feder von erfahrenen Sachleuten der Berliner Kriminalpolizei an und hat bereits zwei dieser Aufsätze veröffentlicht. Zweck der Uebung ist angeblich, näher auszuführen, wie das Publikum die schwierige Arbeit der Kriminalpolizei am besten unterstützt und wie die verschiedenen Bevölkerungsklassen sich gegen bestimmte Verbrecherkategorien schützen können. Schon durch die beiden ersten Aufsätze, die aus der Feder des Kriminalkommissars Vorberg und des Kriminalinspektors Behn stammen, wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß in vielen Kriminalfällen, die an den Spürstirn besonders hohe Anforderungen stellen, die Berliner Kriminalpolizei ohne die Mithilfe des Publikums nahezu ohnmächtig ist. Selbsterkenntnis ist bekanntlich der erste Schritt zur Besserung. Der letzte Frauenmord brauchte aber dem Hof nicht erst den Boden auszuschlagen. Wenn unsere Polizei etwas weniger von ihrer Leistungsfähigkeit eingenommen wäre, hätte sie schon längst öffentlich bekennen können, daß bei ihr die zweideutigen Detektivs erheblich geringeres leisten als die modernen vierbeinigen.
Herr Behn beginnt seine Arbeit mit folgendem Paraphrase: Die Polizei, und namentlich die Kriminalpolizei, ist gewöhnt, von der Presse und dem Publikum einer strengen Kritik unterzogen zu werden. Sie läßt sich diese auch gern gefallen, solange man ihre Berechtigung nicht anzweifelt. Es gibt nun aber leider Leute, die jede sich bietende Gelegenheit benutzen, um über

Die Polizei heranzufallen und Stimmung gegen sie zu machen. Zeigen diese Leute damit der Allgemeinheit einen Dienst? Keineswegs, denn dadurch, daß sie das Publikum der Polizei entzünden, verhindern sie ein gezieltes Zusammenwirken, was namentlich bei Kapitalverbrechen von größter Bedeutung ist. Die Kriminalpolizei kann nur einmal tief heren, und deswegen ist sie, hauptsächlich in den Großstädten, auf die Mitwirkung des Publikums angewiesen.

Man merkt die Abficht und wird darob durchaus nicht verwundert. An der „Entfremdung“ ist nur die Polizei selbst schuld. Seit Jahr und Tag hat sie auch in Berlin die Mäßigkeit der Reaktion befolgt und redlich dazu beigetragen, daß auch in bürgerlichen Kreisen eine tiefe Mißstimmung gegen sie lag griff. Man könnte einwenden: Was gehen die Fehler der politischen Polizei die der Öffentlichkeit dienenden Kriminalpolizei an? Aber die Kriminalpolizei ist ein dürre Ast am faulen Baum. Und das Publikum, das von der rechten Hand des Polizeiorganismus mit der denkbarsten Rücksichtslosigkeit angepackt wird, fähig kein Verlangen, sich von der linken Hand gelegentlich streicheln zu lassen. So schlägt sich die Polizei nur mit ihren eigenen Waffen.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist das gewiß bedauerlich. Eine erhöhte Beteiligung der Allgemeinheit an der Aufdeckung von Kapitalverbrechen halten wir für wünschenswert. Eine Polizei, die das Volk ohne begründeten Anlaß, darf nicht erwarten, daß dieses selbe Volk ihm die Pflichterfüllung leichter macht. Weis doch niemand, ob er sich nicht auch mit der uneigennützigsten Hilfe in die Polizeieinheiten setzt und alles andere eher als Dank erntet. Vieles, was Herr Wehn sonst schreibt, ist gewiß beachtenswert. Die Manier, bei Kapitalverbrechen die Polizei absichtlich irrezuführen und aus Nachsicht ganz Unschuldige anonymer Verdächtigen, verurteilen auch wir auf das Schärfste. Wie kommt es denn aber, daß man in anderen Ländern, beispielsweise in England, auf solche anonymen Anzeigen überhaupt nicht eingeht und trotzdem größere Erfolge erzielt? Das liegt am preussischen Bureaukratismus, der aus jedem Papierwasch eine Staatsaktion macht und daneben das Wichtigere aus dem Auge läßt. Sehr richtig meint Kommissar Vorberg, daß unsere Polizei unter dem Zwang von Kleinarbeit erstickt. Das heißt — Kleinarbeit, die die Polizei sich erst selbst schafft. Sie könnte da, wo es ihre Aufgabe ist, bedeutend mehr leisten, wenn sie nicht die freihet-atmende Politik in jeder Weise schikanieren und knebeln wollte.

Mit Bedauern nimmt der Kriminalinspektor Wehn am Schluß seines Aufsatzes davon Notiz, daß das Publikum so oft gegen Polizeibeiträge, die auf öffentlicher Strafe Verfassungen vornehmen, Partei ergreift und ihnen den ohnehin nicht leichten Dienst erschwert. Diese Parteinahme erklärt sich auch aus dem Vorhergesagten. Sie wird nicht aufhören, so lange sich die Kriminalbeamten mit der Browningspistole in der Tasche als Herren der Strafe betrachten und sich berechtigt glauben, von ihrem Schutzhelfen alle Augenblicke einen Gebrauch zu machen, der eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Polizeibeamte bedeutet.

Nicht zu vergessen ist die Stellung der Polizei zur Presse. Was die Polizei dem Publikum durch die Presse mitzuteilen hat, läßt sie erst verhökern und zwar gegen Geld. Das ist der schlimmste Mißstand, der bei der Kriminalpolizei besteht. Zwar wird erklärt, es siehe der Presse frei, sich durch Vertreter auf dem Alexanderplatz Informationen holen zu lassen, allein, wer die Verhältnisse nur einigermaßen kennt, weiß, in welcher Art diese Geschäfte abgewickelt werden. Zudem braucht die Kriminalpolizei die Presse und nicht die Presse die Kriminalpolizei und deshalb ist es Pflicht der Kriminalpolizei, bei Mißbrauchnahme der Presse dieser selbst auf direktem Wege die Mitteilungen zugehen zu lassen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, wenn die Kriminalpolizei auf die Mitwirkung der Presse bei Kapitalverbrechen rechnet. Es wird die höchste Zeit, daß endlich auf diesem Gebiete eine Reform eintritt, auch auf die Gefahr hin, daß nicht bei jeder zehnteligen Gelegenheit mit dem Namen bestimmter Kommissare Reklame getrieben wird.

Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung u. a. die Bauprogramme für ein Wohngebäude für Kranke, sämmtliche Wärter in den Krankenhäusern Friedrichshagen und Urban und die Herstellung einer Fernwärmanlage für die Krankenanstalten unter Ausnutzung des Abdampfes aus den Dynamoantriebsmaschinen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Die Beschlüsse gehen zur Genehmigung an den Magistrat.

Die Fürsorge für Krebskranke und Krebsverdächtige in der königlichen Charité zu Berlin, Schumannstr. 21, ist im vergangenen Jahre so zahlreich besucht worden, daß sich eine Erweiterung dieser Einrichtung als nötig erwies. Das Publikum, welches früher der bloße Gedanke an die Krebskrankheit etwas Schreckliches war, fängt an einzusehen, daß auch dem Krebskranken noch geholfen werden kann und sein Leiden heilbar ist, wenn es nur rechtzeitig erkannt wird. So ist es auch in diesem Jahre in noch erhöhtem Maße als früher der Fürsorgestelle möglich gewesen, eine Anzahl im Anfangsstadium befindlicher Fälle zur Operation zu veranlassen und der Genesung zuzuführen. Im neuen Jahre wird daher neben der am Montag nachmittag von 3—4 Uhr in der königl. Charité stattfindenden Fürsorgestelle noch eine zweite in der Ballhausstr. 25 eröffnet werden, deren ärztliche Sprechstunde Donnerstag von 3—4 Uhr nachmittags ist. Auch die Fürsorgestelle in der Wallisadenstr. 23 wird ebenso wie in der Charité der Direktion des Geheimen Regierungsrats Ritter und der ärztlichen Leitung des Prof. Dr. Blumenthal unterliegen. Die Untersuchung in beiden Fürsorgestellen ist für Unbemittelte unentgeltlich. Eine Behandlung der Kranken findet dort nicht statt, so daß die Kranken ihrem Arzte verbleiben oder zur Behandlung in eine Spezialklinik oder Poliklinik gehen.

Von einem Schlaganfall getroffen und gestorben ist der Landgerichtsrat Weinlohn, der der fünften Strafkammer des Landgerichts I angehört.

Ein Mordfall aus dem Norden. Uns geht folgende Klage zu: „Die Anwohner der See-, Hennigsdorfer und Dubenarder Straße haben das zweifelhafte Vergnügen, in ihren Wohnungen periodisch ausgedrückt zu werden. Auf dem Friedhof der Philippus-Apostel-Gemeinde wurden bereits im vorigen Monat an zwölf aufeinanderfolgenden Wochentagen ununterbrochen Kränze verbrannt, was einen unbeschreiblichen Qualm verursachte, der bei anhaltend feuchter Luft und westlichen Winden direkt auf der Erdoberfläche zu den anliegenden obengenannten Straßen hinaus, Gestern begann auf dem bezeichneten Friedhof eine neue Kränzerperiode und da die zuständigen Polizeibehörden auf wiederholt eingegangene Beschwerden keine Abhilfe schafften, wendet Schreiber dieses sich an die Öffentlichkeit, in der Hoffnung, daß diesem gefährlichen Unfug von höherer Stelle ein Ende gemacht wird.“

Hoffen wir, daß den an sich ganz berechtigten Klagen abgeholfen wird.

Die Akenburg, Chronik eines Goldsuchers. Von Dr. Bruno Wille. Mit diesem Roman, für den der Verfasser von einem literarischen Komitee einen Ehrenpreis von 20 000 M. erhielt, beginnt die Zeitschrift „In freien Stunden“ den neuen Jahrgang. Der Roman ist bei seinem Erscheinen lobend besprochen worden. Es ist daher anzunehmen, daß die Leser der „In freien Stunden“ diesen Roman mit besonderem Interesse aufnehmen, und es wäre zu wünschen, wenn recht viele Parteigenossen und Genossinnen

das Streben des Verlags, nur die besten Romane zum Abdruck zu bringen, unterstützen, indem sie für weitestgehende Verbreitung der Wochenchrift „In freien Stunden“ agitieren. „In freien Stunden“ ist geschaffen worden, um die gemütvorgedungte Schundliteratur aus den Wohnungen der Arbeiter zu entfernen. Jeder Arbeiter, der für die Verbreitung der Wochenchrift tätig ist, trägt mit bei zur Erreichung des durchaus erstrebenswerten Zieles. „In freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pf. Da Heft 1, in dem der Abdruck des Romans „Die Abendburg“ beginnt, soeben zur Ausgabe gelangt, ist jetzt der günstigste Termin zum Anfang eines Abonnements. Zu beziehen durch alle Zeitungsausdräger, Kolporture, Expeditionen und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Zur Berichtigung der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ wird und von dem beteiligten Dachdecker geschrieben:

1. Es ist doch wahr, daß die obere Balkenlage auf dem Neubau Eberstraße 13 höchst ungenügend abgedeckt resp. ausgedeckt war; 2. ist wahr, daß der technische Aufsichtsbeamte der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mich die Beschwerdeschrift im Beisein des Poliers lesen ließ; 3. ist wahr, daß der Aufsichtsbeamte an mich die im „Vorwärts“ vom 25. Dezember angegebenen Worte gerichtet hat. Die Richtigkeit dieser Angaben kann durch Zeugen jederzeit bestätigt werden.“

Flüchtig geworden sind die beiden Buchhalter Max Buchmann, Brunnenstraße, und Alexander Koch, in Spandau wohnhaft. Die beiden waren seit fast drei Jahren bei dem Baumeister Vorchard, Planestr. 36, angestellt. Wie bis jetzt festgestellt wurde, haben sie etwa 5000 M. an sich genommen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hatte in ihren 52 Verkaufsstellen, von welchen aber drei erst Anfang resp. Ende Dezember eröffnet wurden, im Dezember 409 688,92 M. Umsatz gegen 265 602,12 M. im gleichen Monat des Vorjahres, das sind 144 086,80 mehr. Das erste Halbjahr 1908, Juli—Dezember, brachte 1 150 009,55 M., während im Jahre 1909 im gleichen Zeitraum 1 747 149,94 umgesetzt wurden, also 597 040,39 M. mehr. Um einen Begriff über die Warenmengen zu geben, sei erwähnt, daß 3 Q. für über 15 000 M. Pfefferluch, etwa 8000 Gänse und etwa 1900 Zentner Zucker sowie über 500 Zentner Butter in dem Dezember-Umsatz mit enthalten sind. Von den Hausanteilen sind etwa 236 000 M. abgesetzt. Die Mitgliederzahl dürfte 25 000 überschritten haben.

Die Agitation des Arbeiter-Sängerbundes auf Vereinigung kleinerer Gesangsvereine zu größeren leistungsfähigen Chören hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen, indem sich die Vereine „Liederlust I“, „Sängervereinigung NW.“ und „Vereinigte Sangesbrüder Noabit“ unter dem Namen „Männerchor Noabit“ vereinigt haben. Der Bund bittet und mitteilt, daß die erste Uebungsstunde am Freitag (also heute) bei Kirchhofsstr. 9 stattfindet, und ersucht die noch fernstehenden Sänger Noabits, dem neuen Chor sich anzuschließen.

Wegen eines gefährlichen Bodenbrandes wurde am Donnerstagmittag der 12. Böschung nach der Potsdamer Str. 110 alarmiert. Dort war in einem Seitenflügel auf dem Hofe des großen Grundstücks aus noch nicht ermittelter Ursache Feuer ausgebrochen. Als die Feuerwehr dort ankam, brannte hauptsächlich Papier und Makulatur des Berliner Bibliographischen Instituts von Julius Moser, bekannt unter dem Namen „Severlag“. Die Feuerwehr mußte längere Zeit kräftig Wasser geben, um ein weiteres Ausbreiten der Flammen zu verhindern. Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich sehr zeitraubend, weil die Makulatur vom Boden auf den Hof geworfen werden mußte, um einem neuen Ausbruch der Flammen vorzubeugen. Der Betrieb des Instituts ist nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Schaden ist nicht sehr erheblich und durch Versicherung voll gedeckt.

Auf der Leptow-Sternwarte spricht Dir. Dr. Ardenhold am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 5 Uhr, über: „Weltuntergangstragen vom Erdinnern bis zu den Weltfernen“. Abends 7 Uhr über: „Das Werden der Welten“ und Montagabend 9 Uhr über: „Die Elemente der Astronomie“. Mit dem großen Fernrohr wird in der Dämmerung die Venus, abends Saturn und der Galileische Komet den Besuchern gezeigt.

Feuerwehrrachrichten. In der letzten Nacht kam in einer Küche in der Steinmehrsstraße 88a Feuer aus. Küchenpöde, Kohlenkasten, Fußboden u. a. brannten dort. Etwas später wurde die Feuerwehr nach einem Umbau in der Friedrichstraße 79a alarmiert. Dort brannte aber nur ein Ofen, dessen Schein Strohpflanzen veranlaßt hatten, den nächsten Feuermelder zu geben. Gestern früh um 7 Uhr brannten Betten, Wäsche u. a. in einer Wohnung in der Handlstraße 13. In der Kobalistrasse 18 war die Decke des Kellers in Brand geraten. Auf dem Boden des Hauses Leipziger Str. 115/116 waren in einer Kammer alle Hausgeräte und Gerümpel in Brand geraten. In einer Wohnung in der Friedrichstr. 106a wurden Möbel in Brand der Flammen. Auf dem Dache des Hauses Wiedischstraße 33 war Teer übergeflossen und mit dem Dache in Brand geraten. Gardinen und anderes brannten Reinholdstraße 28, Lampen und anderes Alt-Roadit 15, ein Schornstein am Luisen-ufer 12. Außerdem hatte die Wehr noch Örtlicher Straße 67 zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten traten am Mittwoch zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. In den Fraktionen ist infolgedessen eine Änderung eingetreten, als die früheren „Unpolitischen“ sich mit den Alt-Charlottenburgern zu einer gemeinsamen Fraktion verschmolzen haben, die den Namen „Vereinigte Alte Fraktion“ führt und 15 Mann stark ist; die Liberalen zählen 47, die Sozialdemokraten 10 Mitglieder; drei Stadtverordnete haben sich keiner Fraktion angeschlossen.

Nachdem die neu bzw. wiedergewählten Stadtverordneten, darunter die Sozialdemokraten Lehmann, Gebert, Hirsch, Vogel, Will, in der üblichen Weise in ihr Amt eingeführt waren, konstituierte sich die Versammlung. Zum Vorsitzenden wurde Stadtv. Kaufmann, zu seinem Stellvertreter Stadtverordneter Dr. Hubatsch, zu Beisitzern die Stadtv. Dr. Vorchardt (Soz.), Kuf, Duna und Stein wiedergewählt. Auf die ständigen Ausschüsse verteilten sich unsere Genossen jetzt folgendermaßen: dem Wahlausschuß gehören an Scharnberg und Will, dem Petitionsausschuß Kitz, dem Rechnungsprüfungsausschuß Lehmann und Vortisch, dem Ausschuß zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen Hirsch. Weiter wurden gewählt in den Ausschuß zur Vertretung der Vorlagen betr. Beitritt der Stadtgemeinde zu einem Verkehrsverbande Vorchardt und Hirsch, betr. die Zuständigkeit der Schuldeputation Vorchardt und Pietzsch, betr. Erziehung einer Ehrenfahne Pietzsch, betr. Ortsstatut über die Zahl der Stadtverordneten Hirsch und Pietzsch, betr. Aufhebung der Gemeindebeschlüsse über den Bau einer Zentralmarkthalle Kitz und Pietzsch, betr. Abänderung der Fluglinien am Reichsplatz Scharnberg und Gebert, betr. Rückgewidmung von Mitteln für Schulbauten Lehmann und Vortisch betreffend Erziehung und Vermietung eines Schiedsgerichtsgebäudes auf dem Grundstück Berliner Straße 11/12 Gebert und Will.

Als Sitzungstage für das erste Halbjahr 1910 wurden bestimmt der 19. Januar, 2. 16., 23. Februar, 9., 16., 23. März, 6., 20. April, 11., 25. Mai, 8., 22. und 29. Juni.

Unter einer Maschine begraben und schwer verletzt wurde vorgestern der Arbeiter Nischky aus der Cauerstraße 26, der in der Alten Charlottenburger Gasanstalt beschäftigt ist. Er beiente eine elektrische Fördermaschine, welche Kohlen in den Reizraum schaffte, als diese plötzlich aus einer Höhe von fünf Metern

herabstürzte und den unten stehenden Arbeiter unter sich begrub. Nischky wurde innerhalb weniger Minuten von herbeieilenden Arbeitsskollegen befreit und mittelst Krankenwagens nach dem Krankenhaus Westend geschafft, wo schwere innere Verletzungen sowie ein komplizierter Knochenbruch und Bruch des linken Unterschenkels festgestellt wurde. Die Fördermaschine wurde vollständig getrimmert. Der Unfall ist wahrscheinlich dadurch herbeigeführt worden, daß infolge unrichtigen Angehens die Maschine an einer ausgedehnten Stelle der Schienen aus den Gleisen gesprungen ist.

In die Deputation für Arbeitslosenfürsorge ist, nachdem sie über Notstandarbeiten und Arbeitslosenzahlungen verhandelt hat, in einer Reihe von Sitzungen die Frage erörtert worden, ob sich die Verwendung städtischer Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung empfiehlt. Stadtrat Professor Dr. Jastrow und Dr. Wadde, Direktor des städtischen Statistischen Amtes, haben der Deputation eine eingehende Denkschrift vorgelegt, welche die bestehenden Einrichtungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung darstellt und grundlegend auf der Frage Stellung nimmt, ob sich die Verwendung städtischer Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung empfiehlt. Die Deputation ist bereits in die Beratung von Satzungsentwürfen eingetreten. Eine Umfrage bei den Gemeinden Groß-Berlin, ob die Absicht besteht, gemeinsame Einrichtungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung zu treffen, ist leider ergebnislos gewesen.

Eine „neue“ Polizeiverordnung über die Müllabfuhr ist erlassen worden. Wenn diese neue Verordnung auch keinen neuen Zustand schafft, so ist ihre Vorgeschichte nicht uninteressant.

Seit dem 1. April 1907 besteht für Charlottenburg die Vorschrift der Verteilung des Mülls, und ein Ortsstatut gibt der Stadt das alleinige Recht, gegen eine feste, auf die einzelnen Grundstücke umgelegte Gebühr das Müll abzuführen. Dieses Abfuhrgeschäft ist von der Stadt einer Privatgesellschaft übertragen worden, die trotz ansehnlicher Zubußen durch die Stadt nicht recht leben und sterben konnte und zurzeit durch die undegreifliche Nachsicht der städtischen Verwaltung und durch die Diskontobank notdürftig über Wasser gehalten wird.

Im Laufe der Zeit aber sträubten sich einige Hausbesitzer, ihr Müll durch die Stadt abfahren zu lassen, sie glaubten, es anderwärts billiger haben zu können. Dann veranfaßten einige Restaurateure ihre Küchenabfälle, anstatt dieselben an die Schmelzgesellschaft abzuführen, es gab polizeiliche Strafmandate, gegen welche die Betroffenen Einspruch erhoben. Die Klage ging bis an das Kammergericht. Dasselbe sprach die Betroffenen frei und erklärte die Polizeiverordnung für ungültig. Nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus rein formaler Veranlassung. Der einfache Mann im Volke ahnt ja gar nicht, wie schwer das Verordnungsverfahren ist. Selbst der Charlottenburger Polizeipräsident wußte das nicht. So schrieb eine höhere Verwaltungsinstanz, die Regierung in Potsdam, am 20. Juni 1888 vor, daß alle Polizeiverordnungen im Regierungsbezirk nicht nur die Ueberschrift „Polizeiliche Verordnung“ tragen müssen, sondern auch in dem einleitenden Text ausdrücklich als „Polizeiverordnung“ bezeichnet werden müssen. Diese letzte Bedingung fehlte der ersten Polizeiverordnung über die Müllabfuhr. Deswegen denn auch das Kammergericht die ganze Verordnung für ungültig erklärte.

Nun aber kommt das Originellste. Kammergericht die Polizeiverordnung aus formalen Gründen für ungültig erklärt, als der Berliner Polizeipräsident, dem die Charlottenburger Polizeistatute inzwischen unterstellt worden war, verfügte, daß die Charlottenburger Polizeiverordnung über die Müllabfuhr just in der Form rechtskräftig zu publizieren ist, in der sie vom Kammergericht beanstandet worden ist. Und so geschah es. Deswegen ist also eine Polizeiverordnung, die von dem höchsten preussischen Gericht für ungültig erklärt worden ist, doch rechtskräftig! Die neue Polizeiverordnung ist also keine neue, sondern die alte.

Vielleicht wird sie einmal geändert, insofern, als alle Hausbesitzer, auch die, welche keinen Müll abfahren lassen, zur Leistung für die Müllabfuhr angehalten werden. Bisher hielten sich einige 60 Hausbesitzer von dieser Verpflichtung frei. Das forderte den Widerspruch der anderen Hausbesitzer um so stärker heraus, als unter diesen 60 Hausbesitzern auch ein Stadtrat sich befindet. — Da aber die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, den Magistrat aufzufordern, die Abgabepflicht für die Müllabfuhr auf alle Hausbesitzer auszuheben, so darf man wohl erwarten, daß auch mit dem Ausnahmerecht des Stadtrats aufgeräumt wird.

Im übrigen wird die Müllabfuhr noch manchmal die Bürgerchaft und Verwaltung „beunruhigen“.

### Wilmersdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Am Mittwoch hielt die Stadtverordnetenversammlung die erste Sitzung im neuen Jahre ab; wie üblich, wurde die Tagesordnung zumeist durch Wahlen ausgefüllt. Das Amt des Vorsitzenden wurde dem Professor Dr. Leidig, das des Stellvertreters dem Direktor Dr. Heintz wieder übertragen. Nachdem der Oberbürgermeister hierauf den neuen Kammerer Kahde aus Merseburg in sein Amt eingeführt hatte, beschloß die Versammlung eine erforderliche gemordnete Abänderung der Besoldungsordnung für die Lehrerinnen an den höheren Schulen. Bei dieser Gelegenheit äußerte Stadtverordneter Bumpfen Bedenken darüber, daß Wilmersdorf über die staatlichen Gehälter hinausgehe. Ihm erwiderte Stadtrat Vorchard, daß es unzulässig sei, hinter den Gehaltssätzen der Nachbarorte zurückzubleiben. Den Schluß der Tagesordnung bildete eine Magistratsvorlage, wonach für das Fennfeld eine städtische Wilmersdorfer See die Fluglinien zum Teil geändert werden sollen. Im Anschluß an den von Schöneberg geplanten Stadtpark will bekanntlich auch Wilmersdorf auf dem für Baugrunde nicht verwendbaren Moorboden, der sich bis in den Brunnenwald hinein erstreckt, ausgedehnte Anlagen herstellen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern gegen 7 Uhr abends in der Augustastrasse. Dort fuhr der 17jährige, in der Kaiserin-Augusta-Allee 1e wohnhafte Ernst Lademann auf einem Zweirad vor dem Straßenbahnwagen 244 der Linie V her. Vor dem Hause Augustastrasse 65 stürzte er plötzlich mit seiner Maschine unmittelbar vor dem Bahnwagen und geriet unter den Vorderperon desselben. Er erlitt eine Fleischwunde am Rücken und eine schwere Quetschung des Rückgrats. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

Bezugnehmend auf den Generalversammlungsbericht des Wahlvereins erlucht und der Genosse Ostwirth A. Ratusch, Wladimirstraße 71, um Aufnahme folgender Zuschrift:

Nach dem in Nr. 2 des „Vorwärts“ abgedruckten Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins ist hier beschlossen worden, die Kandidatur Ratusch für die bevorstehenden Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung abzulehnen. Da diese Fassung des Berichtes zu Mißdeutungen Anlaß geben kann, muß ich bemerken, daß ich weder dem zunächst in Betracht kommenden Vorstand des Wahlvereins, noch sonst einer Person oder Körperschaft Anregung gegeben habe, mich als Kandidaten in Voranschlag zu bringen, wie ich überhaupt in Rücksicht auf meine schwer geschädigte Gesundheit gar nicht imstande bin, ein Stadtverordnetenmandat auszuüben.

### Rixdorf.

Eine sonderbare Praxis scheint vom hiesigen Amtsgericht bei Vorladungen zum Kirchenaustritt geübt zu werden. Wie aus zahlreichen und übersandten Zuschriften hervorgeht, werden die den Austritt aus der Landesliste anmeldenden Personen auf eine bestimmte Zeit nach einem bestimmten Zimmer geladen. Am 3. Januar, vormittags 10 Uhr, sollen weit über 20 Vorladungen ergangen sein. Obwohl zu dem angegebenen Zeitpunkt noch niemand der Geladenen erschienen war, wurden später Kommende zurückgewiesen. Doch damit noch nicht genug; nachdem bereits längere Zeit über den festgesetzten Zeitpunkt verstrichen war, wurde sämtlichen Er-

schlechten Bedenken, daß sie sich von dem zuerst angebotenen Zimmer 22 nach Zimmer 18 begeben sollten. Als die dorthin Geschickten auch in diesem Zimmer längere Zeit vergeblich auf den Richter gewartet hätten, lehrten sie sämtlich wieder nach Zimmer 22 zurück. Jetzt erst, so berichtet man und, wurde die amtliche Handlung summarisch vorgenommen. Am 24. Dezember sollen an 100 Personen zu gleicher Zeit auf dem Gericht gewesen sein, um ihren Austritt aus der Kirche zu erklären.

Wir können nicht annehmen, daß die Vorgeladenen durch die hier geschilderte Abwicklung schikaniert werden sollten. Indessen ist ein solcher Zustand, daß man das Publikum lange Zeit warten läßt und von einem Zimmer zum anderen schickt, aufs entschiedenste zu tadeln. Auch hätte das Gericht, wenn es selbst die festgesetzte Zeit so wenig innehält, die Pflicht, ein paar Minuten später kommende Personen noch zur Verhandlung zuzulassen.

Einen empfindlichen Verlust hat ein hiesiger Genosse zu beklagen. Derselbe verlor am Sonntag auf dem Wege von der Delbrück- bis zur Knechtelstraße ein schwarzes Lederes Portemonnaie mit einem Inhalt von 267 M. und etliche Pfennige. Der Verlust trifft den Betroffenen um so größer, als er das Geld erliegen muß. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe an Albert Dietrich, Niddorf, Delbrückstr. 34, vorn IV, abzugeben.

### Lichtenberg.

Chreife auf Chreife erhalten jetzt unsere braven Stadtväter. Nicht nur der Magistrat zeigt mehr als deutlich, daß er die Stadtverordneten völlig ignoriert, sondern auch bei den vom Magistrat in die Deputation entsandten Sozialistöttern, mocht sich daselbe

Gefühl der Würstigkeit gegen die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung geltend. Die Stadtverordneten hatten bei der Stadtberatung 1909 mit 25 gegen 19 Stimmen beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, fürderhin nicht, wie es der erste Bürgermeister im Namen des Magistrats tut, die Bürgerchaft je nach deren politischer Parteistellung zu behandeln, sondern sich der Bürgermeister mehr als Regierungsvertreter, denn als den ersten Beamten der gesamten Bürgerchaft betrachten. Veranlassung zu diesem Beschluß war die sozialistenfeindliche Rede des Bürgermeisters gegen Zulassung der Arbeiterturner. Die Arbeiterturner nahmen nun an, daß in Lichtenberg die Beschlüsse der Stadtverordneten auch zur Ausführung kommen. Am 21. April eruchten sie den Magistrat um Gleichstellung mit den übrigen verschiedenen anderen Turnvereinen der Stadt. Hierauf erhielten sie keine Antwort! Am 14. Juli wiederholten die Turner ihr Verlangen. Nichts rührte sich! Unter Hinweis auf die Beschlüsse der Stadtverordneten vom 17. April machten die Turner am 19. September den dritten und letzten Versuch, den Magistrat zum Neden oder doch zur Antwort zu bringen; fühlten sie sich doch außer vom Lichtenberger Magistrat noch immer als anständige Bürger geachtet. Da, am 10. Dezember kam endlich Bescheid. Und da sage noch einmal jemand, daß der Magistrat nicht zu sparen verstehe! Drei Anfragen vom April, Juli und September erledigt er durch eine Antwort im Dezember; das ist doch gewiß eine Vereinfachung der Geschäfte! Na, und hier die Antwort:

Lichtenberg, den 8. Dezember 1909.  
Auf die gefälligen Schreiben vom 21. April, 14. Juli und 19. September d. J. teilen wir ergebenst mit, daß die Schuldeputation beschloffen hat, Ihr Gesuch um Ueberlassung der hiesigen

Turnhallen abzulehnen und zwar schon allein aus dem Grunde, weil nach einem hier vorliegenden Erlaß der Königl. Regierung nicht zu erwarten ist, daß die für die Erteilung der Erlaubnis erforderliche Genehmigung der Königl. Regierung gewährt werden wird.

Wir zweifeln nun nicht, daß die tapferen Wähler des Magistrats und der sozialistenreinen „Schuldeputation“ nun alles tun werden, die „Selbstverwaltung“ zu schützen! Die Politiker im Magistrat und der Schuldeputation werden von den „freisinnigen“ und sonstigen „liberalen“ Stadtverordneten „belehrt“ werden, daß die Arbeiter sozusagen auch Bürger und daß die Beschlüsse der Versammlung nicht für die Mag., sondern zur Ausführung bestimmt sind usw. Schachtel-Ploz-Rott gegen Ziehen-Roch-Moister! Unsere Parteigenossen in der Versammlung des liberalen Bürgerturns werden beschämt in der Ecke stehen!

### Trebbin (Kreis Teltow).

In der ersten Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre erfolgte die Einführung der neugewählten Stadtverordneten, Herren Köppen, Schulze, Haase, Naack, Kargel und Richter. Zum Stadtverordnetenvorsitzer wurde Herr Köppen, zu seinem Stellvertreter Herr Haase gewählt. Als Schriftführer fungiert Herr Tenger, als Stellvertreter Herr Wagner. Weiter wurden gewählt als Protokollführer Herr Jüttner, Stellvertreter Herr Samuel. In die Abteilungskommissionen wurden in der 1. Abteilung die Herren Wagner und Tenger, in der 2. Abteilung die Herren Haase und Ribbel und in der 3. Abteilung die Herren Schöner und Diebich gewählt. Als Tag und Zeit des Beginns der öffentlichen Sitzungen wurde Donnerstag, abends 7 Uhr, bestimmt.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 7. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.

Neues königl. Opernhaus. Beschlössen.

Deutsches. Don Carlos. (Anfang 6 1/2 Uhr.)

Kammerstücke. Major Barbara. (Anfang 8 Uhr.)

Neues. Don Juans letztes Abenteuer.

Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil.

Anfang 8 Uhr.

Komische Oper. Tosca.

Neues. Die geschiedene Frau.

Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.

Trianon. Burdians Gesel.

Berliner. Hohe Politik.

Neues. Der große Kame.

Neues. Im Laubenschlag.

Thalia. Die süße Gora.

Leistung. Das Konzert.

Hebbel. Der Stundal.

Schiller O. (Wagner-Theater.)

Ein Volkseind.

Schiller. Charlottenburg. Raketen-Feuerspiel.

Friedrich. Wilhelmstadt. Der

Lauffen. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Hofe. Der Sige-Bapa.

Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.

Metropol. Galop II — Die große

Neue.

Folies Caprice. Sicher ist sicher.

Bunter Teil. Der Mann meiner Frau.

Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11—2

Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.

Palast. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

Neues. Spezialitäten.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

In den Dolomiten.

Direktion: Richard Alexander.

Abends 8 Uhr:

Im Laubenschlag.

Morgen und folgende Tage:

Dieselbe Vorstellung.

Sonntag, den 9. Januar, nachm.:

Rümmere Dich um Amelie.

Volks-Oper.

SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.

Anfang 7,9 Uhr.

## La Traviata.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Reise um die Erde in

80 Tagen.

Gr. Ausstattungsgeld in 14 Bildern.

Sonabend nachm. 4 Uhr große

Kinderdarstellung: Hüsel u. Gretel.

8 Uhr: Die Reise um die Erde in

80 Tagen.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Gib mich

frei. 8 Uhr: Die Reise um die Erde

in 80 Tagen.

Montag Premiere: Lolos Vater.

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Anf. 8 Uhr. Ende 7,11 U.

Der Bizopapa.

Lustspiel in 3 Akten v. H. Richards.

Sonabend nachm. 4 Uhr: 1001

Nacht. Abends 8 Uhr: Faust.

Gastspiel-Theater.

Köpenicker Straße 67/68.

Morgen Sonabend, 8. Januar:

Premiere:

Der Polizeihund.

Kriminaldrama in 3 Akten v. Olliver.

## WINTERGARTEN

Olga Desmond,

die Berühmtheit der „Schönheits-

Abende“.

3 Facoris, Trupen.

Georg Hartmann, Zauberer.

Les Nonnoffs, akrobat. Tänze.

Capt. Woodwards Seelöwen.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)

Freitag, abends 8 Uhr:

Ein Volkseind.

Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.

Deutsch von H. Lange.

Abends 10 1/2 Uhr.

Sonabend, abends 8 Uhr:

Der Meiseidbauer.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Der Herr Ministerialdirektor.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Der Meiseidbauer.

Schiller-Theater (Charlottenburg).

Freitag, abends 8 Uhr:

Wallensteins Tod.

Tragödie in fünf Aufzügen von

Friedrich Schiller.

Abends 11 Uhr.

Sonabend, abends 8 Uhr:

Viel Lärm um nichts.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Macbeth.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Viel Lärm um nichts.

### Brauerei Friedrichshain am Königstor.

Heute sowie täglich: Gr. Münch. Beckbierseife.  
Der berühmte  
Festwitz  
mit seiner Truppe (50 Mitwirkende) aus München.  
Heute Freitag: 2. Elftag:  
Zwei gr. Pferde-Wettrennen  
5 Geldpreise — 100 M. bar — 2 Sieg — 4. Platz.  
Die Teilnehmer daran werden am demselben Abend  
aus dem Publikum gelost.  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Pufferkarten haben Gültigkeit.

## Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide

108—124.

Ab Sonntag, den 9. Januar 1910:

## Gr. Bockbierfest in den bayerischen Alpen.

U. a.: 3866 L.

Bar. Muckl's Bauernkapelle | Andr. Hofen-Truppe, Schuh-

Neue Welt-Orchester | Die bald. Original-Boasbaum

Vollständig neue Dekoration.

Dienstag und Donnerstag: Elftage.

Anfang: Sonntags 5 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf.

Wochentags 7. Wochentags 30.

## Apollo Theater

Die neuen Spezialitäten.

Lotte Sarrow in ihrer amerik.

Stück:

„Die Ehebrecherin“.

Prolongiert!

Schimpanse

Konrad James Great.

Prinz Pinco. Duell mit

Henry Bender.

## Herrnfeld Theater

Reimundantenstr. 57. T. U. 4, 5083.

„So muß man's machen“

Duett mit Gesang in 2 Akten,

Rußi von F. Hal. mit den Autoren

Anton und Donat Herrnsfeld in den

Hauptrollen. Gekauft:

Ein Rettungsmittel

Romdele v. J. Duna.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11 bis

2 Uhr Theaterkasse.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Zum Schluss:  
Der Nachtwächter  
von Berpandien.

Studentenbild  
v. F. Meyssal  
Anfang:  
Bodent.  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

## Zirkus Schumann

Freitag, den 7. Januar 1910,

abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung.

Kunstler des Kommissionsrat

Gustav Stensbeck

als Gast, Direktor des Berliner

Tatterfalks mit seinen neuen

herausragenden Schulscheren Eisen-

berg, Ten Drugi, Had Dufe.

Original-Bagonghi,

der kleinste kometische Reiter

der Welt.

Sergeant Brennan,

der beste Diabolospieler.

D. Amerikaner de Marlow

in seinen unerreicht. Produktionen.

Um 9 Uhr Ende 11 Uhr

Die große Feele

Die drei Rivalen.

## Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.

Sonntag, den 9. Januar 1910:

Die Tochter des Kommerzienrats.

Lustspiel in 4 Aufzügen v. Fr. Schil.

Reperioierstück d. Igl. Schauspielhaus.

## Walhalla- Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.

Anfang 8 Uhr:

Vollständig neue Spezialitäten.

Tunnel: Regimentskellner,

Schwammeln. — Theaterbesucher

freier Eintritt!

## Folies Caprice.

Sicher ist sicher.

Bunter Teil.

Der Mann meiner Frau.

Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11—2

## Casino-Theater

Bohringer Straße 107. Täglich 8 Uhr:

Genialstecker Lacherspiel!

Der Obergäuner.

Lustspiel in drei Akten von R. Stt.

Vorher: Das ersteilige bunte

Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:

Trübene Sommerreise.

## Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

Macara-Rossi

Schneider Duncker

Mlle. Farfalla

und das sensationelle

Januar-Programm.

Passage-Panoptikum.

Senegal in Berlin!

50 wilde Weiber

Männer, Kinder.

Drei Negerdörfer

Ohne Extra-Entree!

Karl Haverland

Anfang Theater präz. 8 U.

77/79 Kommandantenstraße 77/79.

Das glänzende ersteilige

Januar-Programm.

Schlager auf Schlager!

## Zirkus Busch.

Heute Freitag, den 7. Januar,

abends 7 1/2 Uhr präz.:

Komischer Galaband.

James Fills mit seinen Kindern.

Produktionen der hohen Schule.

Neu! Die Morandinis.

Herr E. Schumann, Meisterdross

Reitorfamilie Prorsopl.

Mons. Colon, Affendrossen.

Zwergelowa Francois, Kunstrol.

Gigiclowa Alfred Daniels,

Rovolly, Magriul usw.

Die neue russische Pantomimo

Marja.

## Volgt-Theater

Gelundbrunnen Badstraße 58.

Freitag, den 7. Januar 1910:

Mit vollen Segeln.

Bollstük mit Segeln in drei Akten

von Duno Schilg.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

## Palast-Theater.

Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.

Burgstraße 24, am Bahnhof Dörf.

Die erstklassigen

Januar-Spezialitäten.

Liebhens Trick?

mit Direktor Robert Dill.

Anfang: Sonntags 7 Uhr.

Wochentags 8

Entree 50 Pf. bis 2 M.

Vorverkaufkarten für Wochentage

überall.

## Ruggentagen

am Moritzplatz

